



## **Wortprotokoll der 59. Sitzung**

### **Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung**

Berlin, den 4. November 2020, 18:00 Uhr  
10557 Berlin, Konrad-Adenauer-Straße 1  
Videokonferenz im Webex-Format

Vorsitz: Dr. Andreas Lenz, MdB

## Tagesordnung - Öffentliche Anhörung

### **Einzigiger Tagesordnungspunkt**

**Seite 3**

Fachgespräch zum Thema **„Kommunen als zentrale  
Akteure für eine nachhaltige Entwicklung“**



### Mitglieder des Beirates

	<b>Ordentliche Mitglieder</b>	<b>Stellvertretende Mitglieder</b>
CDU/CSU	Benning, Sybille Damerow, Astrid Lenz, Dr. Andreas Marschall, Matern von Stein (Rostock), Peter Whittaker, Kai	Beermann, Maik Färber, Hermann Kruse, Rüdiger Pilsinger, Stephan Pols, Eckhard Weiler, Albert H.
SPD	Scheer, Dr. Nina Thews, Michael Westphal, Bernd	De Ridder, Dr. Daniela Klare, Arno Schäfer (Bochum), Axel
AfD	Kraft, Dr. Rainer Spaniel, Dr. Dirk	Glaser, Albrecht Wiehle, Wolfgang
FDP	Hoffmann, Dr. Christoph Köhler, Dr. Lukas	Bauer, Nicole Kluckert, Daniela
DIE LINKE.	Vogler, Kathrin Zdebel, Hubertus	Leidig, Sabine Remmers, Ingrid
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Hoffmann, Dr. Bettina Zickenheiner, Gerhard	Kekeritz, Uwe Strengmann-Kuhn, Dr. Wolfgang



## Vor Eintritt in die Tagesordnung

**Vorsitzender Dr. Andreas Lenz** (CDU/CSU): Herzlich willkommen hier im virtuellen Raum – sozusagen das erste Mal online.

Vor Eintritt in die Tagesordnung würde ich gerne kurz noch ein paar technische Gegebenheiten besprechen. Wir haben uns ja vorher in der Obleuterunde auch schon unterhalten. Es wird so sein, dass wir jetzt etwas provisorisch eine Aufzeichnung hinbekommen, aber eine provisorische Aufzeichnung ist besser als keine Aufzeichnung.

Ein Gruß in die Runde. Ich sehe auch die Vertretung vom Kanzleramt, den Herrn Dr. Bauernfeind. Herzlich willkommen.

Es ist technisch von den Gegebenheiten so, dass sich das Sekretariat und ich im gewohnten Sitzungssaal PLH E.700 befinden. Alle anderen Gäste und alle anderen Beiratsmitglieder sind zugeschaltet. Bevor wir einsteigen, noch ein paar technische Hinweise: Um Rückkopplungen und Hintergrundgeräusche möglichst auszuschließen, bitte ich jeweils alle, die nicht das Wort haben, die nicht sprechen, möglichst das Mikrofon auszuschalten. Ich bitte außerdem darum, dass bei den sich an die kurzen Eingangsstatements anschließenden Fragen jeweils der Name des Fragestellers genannt wird, weil dieser nicht unbedingt für die anderen entsprechend ersichtlich ist. Es ist auch über die Chatfunktion von Webex möglich, Wortmeldungen anzumelden.

## Einzigiger Tagesordnungspunkt

### Fachgespräch zum Thema „Kommunen als zentrale Akteure für eine nachhaltige Entwicklung“

dazu Sachverständige:

#### **Hans-Jörg Henle**

Oberbürgermeister, Leutkirch im Allgäu

#### **Manfred Schnur**

Landrat des Landkreises Cochem-Zell

#### **dazu verteilt:**

Stellungnahme Ausschussdrucksache 19(26)84

**Vorsitzender Dr. Andreas Lenz** (CDU/CSU): Ich eröffne somit die 59. Sitzung des Parlamentarischen Beirates für nachhaltige Entwicklung (PBnE) mit dem einzigen Tagesordnungspunkt

„Öffentliches Fachgespräch zum Thema ‚Kommunen als zentrale Akteure für eine nachhaltige Entwicklung‘“. Wer, wenn nicht die Kommunen, sollen und müssen es dann letzten Endes auch umsetzen, könnte man sagen. Wir tagen heute erstmals ausschließlich im Videoformat. Wir tragen damit den Gegebenheiten der Corona Situation Rechnung. Begrüßen darf ich zunächst alle Mitglieder des Beirates, aber ganz herzlich begrüßen darf ich natürlich auch unsere beiden Gäste, Herrn Oberbürgermeister Henle sowie Herrn Landrat Schnur. Herzlich willkommen in unserer Runde. Wir freuen uns wirklich sehr, dass Sie auch relativ kurzfristig Zeit gefunden haben, uns hier Input zu geben, aber auch natürlich, uns Rede und Antwort zu stehen. Wir sind schon gespannt, wie Sie das Thema „Nachhaltigkeit“ auf kommunaler Ebene umsetzen und begleiten. Herzlich willkommen.

Ich darf kurz unsere Gäste in alphabetischer Reihenfolge vorstellen und beginne mit Herrn Oberbürgermeister Hans-Jörg Henle.

Herr Henle hat in Freiburg Forstwissenschaften studiert. Er war dann im Ministerium Ländlicher Raum des Landes Baden-Württemberg tätig. 1998 wurde er zum Bürgermeister der Stadt Haiterbach, Kreis Calw, gewählt. Seit September 2008 ist er Oberbürgermeister der Großen Kreisstadt Leutkirch im Kreis Ravensburg. Ganz herzlich willkommen an dieser Stelle.

Unser zweiter Gast ist Herr Landrat Manfred Schnur. Herr Schnur hat nach seinem Verwaltungsdiplom im rheinland-pfälzischen Wirtschaftsministerium gearbeitet. Er wurde im Mai 2007 zum Landrat des Kreises Cochem-Zell gewählt. Im Juni 2015 erfolgte seine Wiederwahl in dieses Amt – ich sehe acht Jahre Legislaturperiode. Das ist beneidenswert. Er ist ausgewiesener Fachmann und Experte auch für das Thema der nachhaltigen Entwicklung.

Da die nachhaltige Entwicklung eigentlich in erster Linie auf der kommunalen Ebene umgesetzt werden kann und muss, wollen wir uns diesem Thema heute widmen.

Ein paar organisatorische Punkte noch vorab: Wir haben die Nachhaltigkeitsstrategie des Landkreises Cochem-Zell übersandt bekommen. Diese liegt den Beiratsmitgliedern vor; sie ist auch auf der



Homepage des Beirats veröffentlicht. Darüber hinaus möchte ich noch darauf hinweisen, dass die Übertragung – sofern das dann technisch auch umgesetzt werden kann – morgen im Parlamentsfernsehen nachgeholt wird. Wir werden außerdem ein Wortprotokoll erstellen. Die Eingangsstatements sollen ca. zehn Minuten dauern; wir schließen dann ein bis zwei Fragerunden an und sind ganz guter Dinge, dass wir um 19:00 Uhr die Sitzung schließen können. Oftmals geht ja durch das Onlineformat die Diskussion bzw. der Input etwas schneller, aber wir nehmen uns natürlich auch die entsprechende Zeit und wollen da auch in die Diskussion einsteigen. Wenn es da keinen Widerspruch gibt – ich sehe keine gegenteiligen Wortmeldungen –, dann würde ich gerne Herrn Henle entsprechend das Wort erteilen. Wir freuen uns auf Ihr Eingangsstatement. Herr Henle, Sie haben das Wort.

Sachverständiger **Hans-Jörg Henle** (Oberbürgermeister, Leutkirch im Allgäu): Herr Dr. Lenz, meine sehr verehrten Damen und Herren, ein herzliches „Grüß Gott“ von mir aus dem Süden Deutschlands, aus dem schönen Leutkirch im Allgäu. Ich habe das große Glück, Oberbürgermeister einer Stadt zu sein, die sich in einer wunderschönen Landschaft befindet – die Alpen und der Bodensee in Sichtweite – und für uns in der Region spielen natürlich Umweltschutz, Naturschutz und nachhaltige Entwicklung eine sehr große Rolle.

Ich möchte noch kurz zwei Punkte zu meiner Vita ergänzen: Ich bin nicht nur studierter Forstwissenschaftler, sondern ich habe auch noch eine Lehre als Bankkaufmann gemacht, weil mich das Thema „Wirtschaft und Umwelt“ immer sehr interessiert hat, und ich glaube auch, das ist die Grundlage, um nachhaltig ein Amt leiten zu können. Dann war ich auch noch drei Jahre lang Umweltamtsleiter in der Großen Kreisstadt Rottenburg am Neckar, Baden-Württemberg, und habe da natürlich auch viele Umweltprojekte mit angestoßen.

Leutkirch im Allgäu ist eine kleine „Große Kreisstadt“. Wir haben knapp 24.000 Einwohner, sind aber die fünftgrößte Flächenkommune in Baden-Württemberg. Bei uns ist eine gute Industrialisierung vorhanden. Aber auch die Landwirtschaft ist sehr wichtig – das muss man wissen – auch bei der Flächenkonkurrenz. Wir haben einen sehr großen Nachfragedruck auf die Flächen – auch in der

Landwirtschaft – und müssen auch da sehr behutsam die Entwicklung voranbringen. Leutkirch hat sich schon seit vielen Jahrzehnten mit dem Thema „Klimaschutz“ beschäftigt. Wir sind jetzt seit 25 Jahren Mitglied im internationalen Klimaschutzbündnis. Also hier wurde schon sehr viel auf den Weg gebracht. Wir sind auch Seriensieger der Solar-Bundesliga bei den Mittelstädten von 20.000 bis 100.000 Einwohnern. Man hat dann, weil wir immer gewonnen haben, die Kriterien geändert und nicht mehr die absolute Höhe der installierten Leistung zum Kriterium gemacht, sondern Zuwachs, damit auch andere Städte eine Chance haben. Wir haben auch den European-Champions-League der Erneuerbare-Energiestädte im Jahr 2012 gewonnen. Hier haben sich 4.500 Kommunen aus ganz Europa beteiligt. Wir sind beim European-Energy-Award mit dabei, haben zum zweiten Mal die Goldzertifizierung erreicht, und wir haben uns 2011 nach dem Reaktorunglück in Japan auf den Weg gemacht, mit unserer Bürgerschaft systematisch an die Energiewende heranzugehen. Von der Bürgerschaft beschlossen haben wir einen Leitfaden aufgestellt, der die Ziele vorgegeben hat, die dann der Gemeinderat bestätigt hat. Wir haben dabei auch festgelegt, was hier mit der Photovoltaik, was wir bei der Einsparung, was wir auch bei Windkraft und solchen Themen machen können. Für uns war es sehr wichtig, dass das die Bürgerinnen und Bürger zusammen mit Fachleuten auf den Weg bringen, dass wir das nicht nur im Gemeinderat beschließen. Seit 2011 arbeiten wir strategisch daran, diese Punkte umzusetzen. Wir haben sehr schnell gemerkt, dass wir bei der Energiewende eigentlich gut vorankommen, aber es gibt weitere Themen, wo wir uns sehr viel schwerer tun. Das ist zum einen das Thema „Mobilität“. Da ist es auch viel schwieriger, Verhaltensänderungen herbeizubekommen und auch ein Angebot in einer großen Flächenstadt zu schaffen. Wir haben dann auch festgestellt, dass ein wichtiges Thema bei einer nachhaltigen Entwicklung das Thema „Ernährung“ ist. Da haben wir mit dem Bundesforschungsministerium und mehreren Universitäten zusammen das Projekt „KERNiG“ auf den Weg gebracht, in dem man Nahrungsströme analysiert hat und wie die CO<sub>2</sub>-Belastung der ganzen Ernährung ist. Da versuchen wir, eine Änderung bei unseren Bürgerinnen und Bürgern einzuleiten, dass



man sich auch mit diesem Thema intensiv auseinandersetzt.

Was für unsere Stadt noch sehr wichtig ist: Wir haben sehr aktive Bürgerinnen und Bürger, deshalb beziehen wir diese auch bei unseren Entwicklungen mit ein. Wir haben z. B. den „Bürgerbahnhof“ in Leutkirch als Genossenschaft auf den Weg gebracht, wo 700 Bürgerinnen und Bürger Genossenschaftsanteile gezeichnet haben, um den Bahnhof zu retten, der ist jetzt wiederbelebt und als Identifikationsprojekt unserer Stadt gesehen wird. Aufbauend auf diesem Genossenschaftsprojekt haben wir dann auch die „Allgäuer-Genussmanufaktur“ initiiert und mit unterstützt. Da ist es so, dass auch wieder fast 800 Bürgerinnen und Bürger ein altes Brauereigebäude gerettet und neu gestaltet haben. Da sind jetzt sehr viele Handwerker, sehr viele biologisch wirtschaftende Betriebe repräsentiert, da wird ein neuer Dorfladen aufgemacht. Das sind so Beispiele, wo wir Bürgerinnen und Bürger bei uns aktiv mit einbinden. Wir haben das genauso bei der Energiewende nicht nur in der Konzeption gemacht, sondern haben gleichzeitig noch eine Bürgerenergiegenossenschaft gegründet, und die Bürgerenergiegenossenschaft ist bei uns wichtiger Partner und Gesellschafter der „Solarpark Leutkirch GmbH“, wo wir als Stadt über die Stadtwerke beteiligt sind, wo wir aber auch die EnBW (Energie Baden-Württemberg) als regionalen Energieversorger mit ins Boot genommen haben, um dieses Thema auch fachlich fundiert zu begleiten.

Was mich auch sehr freut: Wir sind nicht nur bei der thematischen Entwicklung zum „Klimaschutz“ gut vorangekommen, sondern wir haben auch insbesondere im sozialen Bereich viele Projekte in die Wege geleitet. Wir sind eine Stadt, die sich arbeitsplatzmäßig sehr gut entwickelt hat. Wir haben in den letzten zehn Jahren knapp 50 Prozent neue sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze dazugewonnen. Wir haben ein starkes Bevölkerungswachstum und versuchen, das auch verträglich umzusetzen, indem wir viele Innenentwicklungsprojekte angegangen sind. Unser größtes Projekt ist derzeit die Reaktivierung einer Gewerbebrache, wo jetzt 370 neue Wohneinheiten innerstädtisch direkt neben dem Bahnhof, neben dem Busbahnhof in optimaler Lage, entstehen, ohne dass wir neuen Flächenverbrauch haben.

Was noch ganz wichtig ist: In unserer Stadt arbeiten nicht nur Kommunalpolitik und Bürgerinnen und Bürger eng zusammen, sondern wir haben auch vorbildliche Betriebe. Unser größter Arbeitgeber, die Firma elobau, hat sich zum Ziel gesetzt, mit 1.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern klimaneutral zu produzieren. Die schaffen das auch und haben viele andere Betriebe mitgenommen zu diesem Ziel. So leistet jeder seinen Beitrag für den Klimawandel. Das vielleicht zur Vorstellung der Stadt.

Was mir sehr wichtig ist bei dem ganzen Thema: Wir tun uns bei unseren Entwicklungen immer wieder schwer, weil keine verlässlichen Rahmenbedingungen da sind. Das ist für uns sehr schwierig. Wir sind sehr froh über Förderprogramme. Die sind aber manchmal in einer Stadt unserer Größenordnung sehr schwer zu nutzen, weil wir keine Experten haben, die nur Förderprogramme bearbeiten. Die Verlässlichkeit ist für uns Thema, das höre ich auch zur Kraft-Wärme-Kopplung von unseren Betrieben, die jetzt nicht wissen, wie es mit der Einspeisevergütung weiter geht. Das sind so Themen, die uns vor Ort sehr beschäftigen.

Was wir auch gemacht haben: Wir haben ja sehr große Solarparks gebaut. Das ging am Anfang recht gut, zwischenzeitlich tun wir uns mit den Ausschreibungsmodellen sehr schwer. Wir leisten die ganze Vorarbeit und wissen dann nicht, ob wir den Zuschlag bekommen. Da wäre es für uns besser, zu sagen, die Politik gibt eine feste Vergütung vor. Über die Höhe kann man durchaus diskutieren. Wir haben am Anfang mal den ersten Zuschlag bekommen, da waren wir bei 28 Cent, beim zweiten Park waren wir bei 8,9 Cent und man könnte sicherlich noch weiter runterkommen. Aber für uns – auch mit Bürgerbeteiligung – funktioniert es nicht, so hoch ins Risiko zu gehen, ohne zu wissen, ob man dann überhaupt davon etwas umsetzen kann. So viel von mir jetzt als Eingangsstatement.

**Vorsitzender Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU):** Vielen Dank, Herr Henle, für diese eindrückliche Schilderung. Auch dafür, wie wichtig es ist, sämtliche Dimensionen entsprechend zu berücksichtigen und hier ein Zusammenwirken umzusetzen oder in die Umsetzung zu bringen. Der Auftrag an den Gesetzgeber ist auch mitgenommen. An anderer Stelle diskutieren wir ja gerade das EEG (Erneuerbare-Energien-Gesetz). Insofern – glaube ich



– ist auch hier der Zeitpunkt ganz günstig. Ich würde dann Herrn Schnur das Wort geben und freue mich auf das zweite Eingangsstatement. Herr Schnur, Sie haben das Wort.

Sachverständiger **Manfred Schnur** (Landrat des Landkreises Cochem-Zell): Vielen herzlichen Dank. Einen schönen guten Abend. Ich grüße von der Mosel, vielleicht auch dem einen oder anderem bekannt, aus Cochem. Wir sind jetzt im Lockdown. Die Gäste sind ausgeflogen, jetzt sind wir wieder unter uns, und ich stehe Ihnen auch heute Abend gerne als Gesprächspartner zur Verfügung. Es hat mich überrascht, aber auch geehrt, zu dieser Runde eingeladen zu sein. Vielen herzlichen Dank.

Ja, „Nachhaltigkeit“ bei uns im Landkreis Cochem-Zell. Außer meiner Zeit als Landrat habe ich noch 22 Jahre als hauptamtlicher Bürgermeister mit einer Vorgeschichte „auf dem Buckel“, also 35 Jahre Kommunalpolitik. Schon im Jahr 2003 haben wir eine lokale Agenda 21 auf der Grundlage von Rio beschlossen und haben daraus über sieben Handlungsfelder und 66 Projekte eine Grundlage für unser Handeln geschaffen. Wir haben dies auch gleich mit in die Politik aufgenommen, denn jede Vorlage an ein Gremium meines Landkreises muss abgestimmt und ausgerichtet sein auf die lokale Agenda, inwieweit diese Beschlussempfehlung, ob diese Maßnahme der lokalen Agenda entspricht und wie sie letztendlich auch darauf [unverständlich, Fehler in Tonaufnahme]. Aus dieser lokalen Agenda haben wir mittlerweile mehr als 15 Projekte entwickelt, die wir als Grundlage für unsere politische Arbeit haben. Die Größten waren sicherlich der Klimaschutz und die Energiewende. Wir sind „Null-Emissions-Landkreis“ und wir sind „Bioenergieregion“ gewesen.

Wir haben bereits 2008 – lange vor Fukushima – ein erstes Klimaschutzkonzept für unseren Landkreis beschlossen, indem wir uns verbindliche Vorgaben für CO<sub>2</sub>- und Stromreduzierung eingeräumt haben. Wir sind Masterplan-Kommune – „100 Prozent Klimaschutz“. Letzte Woche war der Abschluss dieser Sache bei der Umweltministerin. Wir haben die Energiewende mitgestaltet. Wir produzieren derzeit 150 Prozent unseres eigenen Stroms erneuerbar; insoweit sind wir Exporteur von Erneuerbaren Energien.

Wir haben auch bereits seit 2016 ein flächendeckendes Breitbandnetz in jeder Ortsgemeinde. Ich habe 89 Ortsgemeinden bei 362.000 Einwohnern, also einen schönen großen, aber auch viel verzweigten Landkreis. Wir sind Modellkommune in „E-Government“. Ich habe auch hier vom Bundesinnenministerium Unterstützung erhalten. Wir haben ein OZG-kompatibles Bürgerportal und Bürgerkontor schon geschaffen, das diese Voraussetzung erfüllt (OZG = Onlinezugangsgesetz). Wir haben in unserer Politik immer einen ganzheitlichen Ansatz gewählt. Die Teilplanungen gehen von „Teilhabe“ über „Schulentwicklung“ und „Abfall“. Wir haben ein 5G-Pilotprojekt „Smarter Weinberg“, wir machen digitale Teilhabe – „Smartes Wohnen im Alter“ und dergleichen. Wir haben Solarkataster, Energieberatung, und was wir auch haben: Wir haben fünf Energiedörfer entwickelt, die wir derzeit mit rund 25 Millionen Invest mit Nahwärme versorgen in Bürgermodellen, aber auch mit uns als Landkreis.

Ja, was haben wir festgestellt? Dass die Messbarkeit und das Controlling von Vielem noch nicht gegeben war. Ich bin Mitglied im Beirat für Nachhaltigkeit in den Kommunen bei der Bertelsmann Stiftung. So haben wir uns dort auch als Modellkommune für nachhaltige Entwicklung zur Verfügung gestellt und haben mit der Bertelsmann Stiftung – auch unterstützt von ICLEI – eine Nachhaltigkeitsstrategie entwickelt –, wir haben sie Ihnen vorgelegt. Insbesondere wollten wir damit zusammen mit der Bertelsmann Stiftung die Messbarkeit, aber auch ein Controlling entwickeln, aufbauend auf den 17 SDGs (Sustainable Development Goals) der UN in der Fortfolge von Rio. Wir haben auch z. B. die Prognosstudie und die Fokusstudie, die uns auch bewertet haben – für einen ländlichen Landkreis darf ich auch mit einer gewissen Zufriedenheit sagen, die schlecht bewertet haben – als Grundlage genommen, uns auch darauf auszurichten. Wie gesagt, wir wollen immer einen ganzheitlichen Ansatz wählen, wir wollen nicht nur Punkte herausgreifen, sondern wir wollen uns als gesamtes System, auch als Gemeinschaft, dieser Sache stellen. So haben wir auch dieses Nachhaltigkeitskonzept entwickelt. Wir haben das in einer nicht gesellschaftlichen Diskussionsform, aber in einer Form mit unserem Haus – mit der kommunalen Politik, mit den Fraktionen, den Kreistagsmitgliedern – entwickelt. Wir haben





eine Bestandsaufnahme gemacht, auf dieser Bestandsaufnahme einen ersten Nachhaltigkeitsbericht erstellt, und wir haben uns dann auf dieser Grundlage auch eine Vision gegeben. Wo wollen wir hin als Landkreis, und wie wollen wir dies mit den SDGs der UN verwirklichen? Daraus haben wir uns die Vision einer „Resilienten Kommune“, einer „Smarten Kommune“ und einer „Fairen Kommune“ gegeben. Das sind jetzt nur drei Begriffe, aber zu jedem dieser Begriffe haben wir natürlich Ziele hinterlegt. Wir haben diese Ziele abgeglichen mit dem, was wir bislang mit unseren Projekten und Programmen aufgelegt haben. Sie decken alle unsere Zielsetzungen mit ab, aber sie sind natürlich auch die Grundlage für unsere Weiterentwicklung, und dies werden wir dann künftig auch für unsere Gremienarbeit – auch für unsere Arbeit hier als Haus – hinterlegen: Inwieweit zahlen wir künftig auf unsere Nachhaltigkeitsstrategie ein? Ja, diese Nachhaltigkeitsstrategie ist eine „Nummer Eins“ für uns. Wir sind sicher, dass es auch eine „Zwei“ geben wird, denn es wird eine atmende Strategie sein, da wir natürlich nicht heute „Ende der Politik“ und auch nicht „Ende der Herausforderungen“ haben. Und Corona ist ja schon mal eine Herausforderung, die wir auch – glaube ich – in unsere künftigen Nachhaltigkeitsbetrachtungen mit einzuplanen haben, angefangen von der Frage: Wie ist unsere ärztliche Versorgung? Wie können wir die gesundheitliche Sicherheit unserer Menschen sicherstellen? Allerdings auch als Haus: Wie können wir eine solche Pandemie, eine solche Krise, bewältigen? Ja, und was können wir auch tun im gesellschaftlichen Miteinander, dass wir uns vielleicht hier einer solchen Krise nicht mehr in dieser unvorbereiteten Form – vielleicht gab es auch keine Vorbereitung – stellen? Deshalb wird es auch eine „Zwei“ geben.

Die Messbarkeit war natürlich für uns auch eine wichtige Frage. Wie kriegen wir das hin? Wir haben Instrumentarien, die wir entwickeln bzw. entwickeln wollen, um dies zu hinterlegen, denn sicherlich ist bei jedem Programm der Umsetzungsteil das Wichtigste. Das ist letztendlich die Arbeitsaufforderung, das ist für uns immer das Wichtigste, aber natürlich auch zu bewerten: Was haben wir geleistet? Erfüllen wir unser Programm, unsere Anforderungen, unsere Ziele? Wo stehen wir zeitlich? Kriegen wir es in der zeitlichen Schiene hin, die wir uns vorgenommen haben? Ja,

und wo macht man das am besten? Wir wollen einen Nachhaltigkeitshaushalt als Grundlage nehmen. Der Haushalt ist der Sammelpunkt der Politik, finanziell des Jahres und auch pro Jahr. Wir können uns auch mit solch einem Haushalt nicht drücken, der kommt jedes Jahr und insoweit ist er auch natürlich die Grundlage für uns als Bewertungsmaßstab künftig, diese messbaren Instrumente zu hinterlegen. Es gibt sicherlich schon genug im Haushalt, den wir haben, auch schon seit vielen Jahren, aber ich denke, wir wollen es doch auch mit der Erfüllung unserer Ziele hinterlegen. Das vielleicht zu dieser Sache. Noch zu einigen praktischen Beispielen: Wir haben als Flächenlandkreis einen sehr großen Fuhrpark an Dienstwagen, der aber schon zu einem großen Teil aus Elektrofahrzeugen besteht. Wir haben ein E-Lastenfahrrad, wir machen eine nachhaltige Beschaffung – von „Fairtrade“ angefangen bis hin zu Recyclingprodukten und dergleichen. Ein großes Projekt, das wir uns jetzt vorgenommen haben, ist ein virtuelles Kraftwerk, in dem wir Überschussstrom, der derzeit auch aufgrund des EEG anfällt aufnehmen und ihn dann an unsere Kunden bringen, um auch den Eigenverbrauch annähernd zu den 100 Prozent zu bringen, obwohl wir schon 150 Prozent haben. Was für mich dazukommt, weil dies auch ein persönliches Interesse ist, ist eine aktive Partnerschaft nach Afrika, nach Ruanda, ein Partnerland von Rheinland-Pfalz. Ich bin stellvertretender Vorsitzender des Vereins auf Landesebene, und das ist auch ein Beispiel, das wir für die Dritte Welt setzen wollen.

Ein Wunsch am Schluss, wenn ich noch so viel darf. Der Kollege Henle hat vieles angesprochen, was Kommunalpolitiker sich wünschen. Ich hätte den Wunsch, vielleicht mal zu überlegen – wir kennen alle, die Klimamanager –, ob es nicht auch denkbar wäre, Nachhaltigkeitsstrategien durch eine Unterstützung mit einem Nachhaltigkeitsmanagement zumindest temporär in unsere Gesellschaft zu implementieren. Das war mein letzter Wunsch. Ich bedanke mich, habe ein bisschen überzogen, aber ich bitte um Nachsicht. Bei der nächsten Runde [...], die Fragen sind dann kürzer, aber vielleicht auch konzentrierter, aber Sie sehen, über so ein Thema, kann man auch den ganzen Abend reden. Dankeschön.

**Vorsitzender Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU):** Vielen herzlichen Dank, Herr Schnur. Sie haben es



angesprochen: Resilient, smart und fair. Wir haben Ihnen gerne zugehört. Wir sind dankbar für die spannenden Einblicke, und es ist ja in der Tat so: Wir sprechen häufig darüber, was und wie etwas gemacht werden sollte, und Sie machen es dann auch. Dafür sind wir dankbar, und wir nehmen schon mal die Inputs entsprechend mit. Und der zweite Punkt von Ihnen, Herr Schnur, der ist auch notiert, dass eben für Gesamtstrategien – oder eben bei der Umsetzung von Nachhaltigkeitsstrategien – der Bund durchaus auch unterstützen könnte. Das ist ja auch im Sinne des Nachhaltigkeitsbeirates. Wir schließen jetzt mit den Frageunden an. Wir haben schon eine Reihe von Wortmeldungen, und erster Fragesteller ist Matern von Marschall von der CDU/CSU-Fraktion.

Abg. **Matern von Marschall** (CDU/CSU): Ja, herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. Vielen Dank, Herr Schnur und Bürgermeister Henle, dass Sie uns zur Verfügung stehen. Die Ausarbeitungen und die konzeptionelle Schärfe, wie Herr Schnur sie vortragen hat, lässt eigentlich kaum mehr Zweifel an der Professionalität Ihres Managements.

Vielleicht auch aufgrund der Möglichkeiten, die in einem Landkreis zur Verfügung stehen, will ich mal auf eine mittlere oder auch nicht ganz große Kommune, die ja auch nur begrenzte administrative Ressourcen hat, zu sprechen kommen. Die Beispiele, die Sie, Herr Henle, genannt haben, sind wichtig und bemerkenswert und beispielhaft, aber ich stelle mir vor, in einer kleinen – oder relativ kleinen – Gemeinde ist es auch einfach administrativ schwierig, so ein ganzes Nachhaltigkeitskonzept mit Kriterien, die man überprüfen und die man messen kann, zu errichten. Also, das ist ja angesprochen worden, dass Sie da vielleicht Unterstützung brauchen. Ich komme in dem Zusammenhang mal auf internationale Netzwerke. Ich glaube, Ihre ja nicht entfernte „Nachbarin“ Kaufbeuren ist Mitglied, meine Heimatstadt Freiburg im Breisgau auch. Ich wollte nur mal hören, ob Sie da eigentlich einen Austausch haben und ob der fruchtbar ist. Und ganz spezifisch, Sie sind ja eine große Flächengemeinde, Sie haben es angesprochen, mit sehr großen Waldflächen, die Waldburg liegt ja auch auf Ihrem Stadtgebiet, namensgebend und bezeichnend: Können Sie uns vielleicht auch etwas sagen zu den möglichen Forstproblemen, die Sie haben, die wir ja – jedenfalls in Baden-Württemberg – vielerorts sehen, und wie

Sie damit umgehen? Das Bundeslandwirtschaftsministerium hat ja große Unterstützung zugesagt, die mit den Ländern vorfinanziert werden soll, aber wenn wir über Resilienz reden, würde mich interessieren, ob das ein Thema bei Ihnen und bei den anderen Waldbesitzern ist, da Sie ja wahrscheinlich auch als Kommune Stadtforstbesitzerin sind.

Sie haben ja Bemerkenswertes zu Arbeitsplätzen erwähnt, das ist ja geradezu ein Boom, könnte man sagen, aber da ist natürlich auch eine Zielkonkurrenz. Sie haben Ihre behutsame Inanspruchnahme von Flächen erwähnt. Planen Sie, was die Flächennutzung angeht – weil wir das gerade in Entwicklungsstaaten im Südwesten vielerorts sehen – die Reduzierung verfügbarer Flächen für die Landwirtschaft oder für Forst? Weil das in der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie zu den Themen gehört, die uns eigentlich mit am größten Sorgen machen, weil wir eben in Deutschland sehr viel und eigentlich ungebremst Flächen an Wohnungsbau und Gewerbe verlieren. Herzlichen Dank.

**Vorsitzender Dr. Andreas Lenz** (CDU/CSU): Vielen Dank. Die nächste Wortmeldung ist von Frau Dr. Nina Scheer von der SPD-Fraktion.

Abg. **Dr. Nina Scheer** (SPD): Vielen Dank. Ich hätte an beide Referenten die gleiche Frage, die da lautet: In welche politischen Rahmenbedingungen, in welchen gesetzlichen Rahmenbedingungen, sehen Sie Änderungsbedarf? Aber auch: In welchen Rahmenbedingungen sehen Sie eine förderliche Grundlage für nachhaltige Entwicklung? Herr Henle hat ja schon die Ausschreibungen angesprochen, wahrscheinlich mit Bezug auf die EEG-Novelle, die wir jetzt gerade haben, und dass die Ihnen hinderlich sind. Das kann ich übrigens gut nachvollziehen. Ich persönlich habe da als Abgeordnete immer eine kritische Haltung gehabt, wir sehen da auch einige Stimmen in dieser Richtung. Aber das war jetzt ein Beispiel. Das nachhaltige Wirtschaften ist ja breit gefächert. Mir kommt es manchmal so vor, dass man vielleicht übersehen, welche Rahmenbedingungen gut wirken und verstärkt werden müssten, damit man nachhaltig wirtschaften kann. Wir fokussieren immer sehr leicht etwas, was wir noch nicht haben, wo man hin muss. Aber welche Rahmenbedingungen sind gut und müssten erhalten und gestärkt werden? Das empfinde ich eben auch noch mal als





hilfreichen Hinweis aus der Praxis.

**Vorsitzender Dr. Andreas Lenz** (CDU/CSU): Vielen Dank. Nächste Wortmeldung, Dr. Rainer Kraft von der AfD.

Abg. **Dr. Rainer Kraft** (AfD): Vielen Dank, auch an die Vortragenden. Ich würde zunächst den Herrn Henle fragen. Und zwar geht es um die Vergütung nachhaltiger Erzeugung, egal welcher Produkte, in diesem Fall eben Strom und Energie. Die kann ja eigentlich erst dann erfolgreich sein, wenn sie in dieser Förderung in der Lage sind, sich selbst zu tragen. Inwiefern ist denn dann die Forderung an die Politik nach einer festen Vergütung in Form von Geld pro Kilowattstunde aus Erneuerbaren Energien hilfreich? Weil das ja nachweist, dass diese Formen der Energieerzeugung nicht in der Lage sein werden, sich jemals selbst zu tragen. Also, inwiefern können solche Forderungen der Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene behilflich sein? Das würde mich interessieren.

**Vorsitzender Dr. Andreas Lenz** (CDU/CSU): Vielen Dank. Nächste Wortmeldung, Herr Dr. Hoffmann von der FDP.

Abg. **Dr. Christoph Hoffmann** (FDP): Vielen Dank an die beiden Vortragenden. Ich glaube, man hat gesehen, dass die Kommunen doch wirklich diejenigen sind, die etwas bewegen, die auch etwas an den Boden bringen. Während viele andere an Konzepten arbeiten, müssen sie es umsetzen und schaffen es eigentlich auch. Es war ja sehr eindrucksvoll, wie die Kommunen aus freien Stücken ohne Verpflichtungen die Dinge angegangen sind. Vielleicht haben wir Pionierkommunen hier gehabt, aber dennoch ist es beeindruckend, dass die es machen und hinbekommen.

Ich hätte eine ganz konkrete Frage an Herrn Schnur. Und zwar, Sie haben erwähnt, dass Ihr Landkreis auch eine Energieberatung durchführt. Also, wenn ich eine Energieberatung brauche, würde ich vielleicht zum Heizungsmonteur gehen oder zu einer anderen Firma. Inwieweit wird das tatsächlich in Anspruch genommen, und wen beraten Sie da?

Dann hätte ich noch Fragen an Herrn Henle. Sie haben erwähnt, dass die Mobilität in der Fläche schwierig ist, das ist ja auch klar, dass es in der Stadt einfacher oder anders ist, als auf dem freien

Land. Da gibt es sicherlich auch Grenzen der Wirtschaftlichkeit, das ist sicherlich ein fast unlösbares Problem. Wie gehen Sie das an? Gibt es Ideen – wie Mitfahrbänke – oder gibt es irgendetwas Neues an Ideen, was wir vielleicht noch nicht kennen und was wir vielleicht auch unterstützen können?

Dann noch eine Frage zum Thema „Photovoltaik“. Wir haben ja hier das Phänomen, dass selbstproduzierter und selbstverbraucher Strom mit einer EEG-Umlage belegt wird, was die Investition und die Anlagen ja unrentabel macht. Ist das für Sie und Ihre Genossenschaften auch ein Thema? Würde es für Sie einen Schub bringen, wenn das wegfallen würde?

Die letzte Frage ist zur finanziellen Nachhaltigkeit. Die Kommunen müssen ja auch finanziell nachhaltig sein, um überhaupt die Nachhaltigkeit im Sinne der ökologischen Nachhaltigkeit finanzieren zu können. Wie sehen Sie das mit der finanziellen Nachhaltigkeit in Ihren Kommunen?

**Vorsitzender Dr. Andreas Lenz** (CDU/CSU): Herzlichen Dank. Nächste Wortmeldung, Herr Zdebel von der Fraktion DIE LINKE.

Abg. **Hubertus Zdebel** (DIE LINKE.): Dankeschön Herr Vorsitzender. Mein Dank geht auch ausdrücklich an die beiden Vortragenden.

Die Kommunen sind natürlich maßgeblich in der Umsetzung der Nachhaltigkeitspolitik gefordert und gefragt. Ohne, dass es in den Kommunen läuft, werden wir in dieser Frage sehr wenig bewegen können. Deshalb gehen meine Fragen einerseits zur finanziellen Ausstattung der Kommunen, weil ja mit dem Kommunalhaushalt sehr viele Aufgaben, auch teilweise Pflichtaufgaben, zu bestreiten sind. Deswegen die Frage an beide: Wie ist es bei Ihnen möglich, mit den Kommunalfinanzen die nachhaltige Entwicklung zu sichern? Und in dem Zusammenhang – das geht ein bisschen in dieselbe Richtung, wie Frau Scheer gerade schon gefragt hat: Welche Forderungen würden Sie an die Politik des Bundes richten, um Ihre Bestrebungen für eine nachhaltige Entwicklung auf Gemeindeebene besser umsetzen zu können? Herzlichen Dank.

**Vorsitzender Dr. Andreas Lenz** (CDU/CSU): Vielen Dank und abschließend in der ersten Runde



Herr Zickenheiner von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Abg. **Gerhard Zickenheiner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auch von meiner Seite vielen Dank für die beiden kurzen Vorträge. Es zeigt sich einmal mehr: Die Kommunen sind die Gamechanger in Sachen Klima und Nachhaltigkeit. Das ist wirklich erfreulich zu sehen, was bei Ihnen passiert. Das ist ja ein Phänomen, das wir überall sehen, dass die nationale Politik sich meistens schwerer tut als die kommunale Ebene. Insofern, denke ich, müssen wir auch in Zukunft schauen, dass wir uns sehr danach richten, was Ihre Bedarfe sind und Ihnen die Möglichkeiten schaffen, da auch weiterzumachen in der Weise.

Herr Henle, Sie haben es angesprochen – die Verlässlichkeit war bei Ihnen ein Thema und vor allem aber auch die einfache Förderstruktur, die oft nicht gegeben ist – also, wie ich an das Geld komme, das ich brauche, um dies und das zu machen, ohne dass es schwierig wird. Und das Nachhaltigkeitsmanagement, Herr Schnur, das haben Sie gemerkt, das haben wir schon mal sehr willig aufgenommen, das ist natürlich auch in unserem Sinne. Meine Frage geht ein bisschen in die Richtung: Wie kommen wir weiter? Wie kommen Sie weiter, und was brauchen Sie? Insofern ist es jetzt natürlich auch eine Frage, die ich nicht zum ersten Mal stelle, aber was sind denn die Hemmschuhe, jetzt z. B., um zu einer Klimaneutralität im Sinne der Paris-Ziele zu kommen, innerhalb der dort auch angegebenen zeitlichen Rahmen? Das ist ja eine hehre Leistung, und das betrifft ja nicht nur die kommunalen Verwaltungssegmente, sondern es betrifft auch die privaten Bedürfnisse. Also, wie kriegen Sie z. B. die Bestandsimmobilien gedämmt? Wie sehen Sie die Handwerkschaft aufgestellt? Haben Sie genug Planer für die Radwege? Wie sieht es mit dem ÖPNV-Ausbau aus? Was würden Sie sich wünschen, oder was brauchen Sie, um tatsächlich diese Klimaneutralität, die ja auch ein Teil der Agenda 2030 ist, hinzukriegen in Zeiten? Und sehen Sie gleichzeitig die Zahl 2030 für die Agenda 2030 als eine Richtschnur, die Sie tatsächlich halten können, oder was brauchen Sie zusätzlich, um das dann auch zu schaffen?

**Vorsitzender Dr. Andreas Lenz** (CDU/CSU): Vielen herzlichen Dank für die Fragen. Ich würde

jetzt vorschlagen, dass Herr Henle wiederum beginnt, und ich würde vom Zeitfenster ca. fünf Minuten vorsehen für die Antwort, damit wir noch eine zweite Fragerunde anschließen können. Herr Henle, Sie haben das Wort.

Sachverständiger **Hans-Jörg Henle** (Oberbürgermeister, Leutkirch im Allgäu): Das war ein großer Strauß an Fragen. Ich hoffe, ich kann da überall eine Antwort geben.

Zu der finanziellen Nachhaltigkeit: Das ist für uns wirklich ein ganz großes Problem, weil das ja die Grundlage ist, um all diese Veränderungen hinzubekommen. Und wenn es darum geht, beim ÖPNV in der Fläche, da haben wir natürlich die Themen wie „Mitfahrerbänke“ und „Ruftaxi-Angebote“. Wir sind auch dabei, es irgendwie zu schaffen, ein verbindliches Parkangebot hinzubekommen, aber oft ist das für uns schlichtweg nicht zu finanzieren. Über Entgelte, also die Fahrpreise, kommt man da nie zu einer Kostendeckung. Also, das ist für uns ein riesen Thema. Genauso bei der Sanierung der Gebäude. Wenn wir es nicht schaffen, die Wärmewende hinzubekommen und den Bedarf richtig herunterzubrechen, dann wird man das nicht hinbekommen. Es gibt aber auch gute Sachen. Wir sind sehr intensiv dabei, Nahwärmenetze auszubauen, speisen da auch Biogasanlagen ein, die bisher quasi die Wärme in die Atmosphäre abgegeben haben. Wir sind sehr froh, dass es eine Förderung für Quartiersmanager gibt. Dafür bekommen wir 65 Prozent vom Bund, wofür wir sehr dankbar sind, denn die besten Pläne und die besten Konzepte bringen uns nichts, wenn wir es nicht schaffen, mit Nahwärmeangeboten in die Häuser hereinzukommen. Also, das ist schon ein ganz wichtiges Thema. Wir Kommunen stehen alle vor der riesen Herausforderung, dass wir riesige Schulgebäude haben, die alle 50, 60 Jahre alt sind und auch den energetischen Standard von damals aufweisen. Da ist es so, dass wir jetzt endlich unser Bundesland überzeugen konnten, dass man auch Sanierungen unterstützt. Da bekommt man ein Drittel Unterstützung, aber da sind die Gelder für die Aufgaben viel zu wenig, und selbst mit einer Drittel-Unterstützung tun wir uns als nicht finanzstarke Kommune immer noch sehr schwer.

Beim EEG muss ich sagen, das ist ein sehr gutes Angebot, das ist auch wichtig, das sollte auch fortgesetzt werden. Da ist mir sehr wichtig, dass die



ganzen Altanlagen, die bestehen, jetzt nicht irgendwie aus dem Raster fallen und nicht weiter betrieben werden können. Das ist sowohl bei Photovoltaik (PV) der Fall wie auch bei Biogasanlagen. Da muss man Lösungen finden, wie es eine Weiternutzung für den Bestand gibt.

Zu der Einspeisevergütung war ja auch eine Frage, dass sie sich tragen würde. Ich finde, man hat da in den letzten Jahren schon einen riesigen Erfolg hinbekommen. Ich habe unsere beiden Solarparks erwähnt. Der erste ging mit 28, 29 Cent ans Netz, der zweite mit 8, 9 Cent. Die Entwicklung hat innerhalb von vier Jahren stattgefunden hat, und ich glaube, wenn man die Kilowattstunde Strom bei uns nachhaltig mit Photovoltaik für 7,8 Cent erzeugen kann, dann ist das schon ein interessanter Kostenansatz. Ich finde das nicht so negativ, wie das manche darstellen, sondern es ist sehr wichtig, dass man das mal hat. Ein Hemmschuh ist die Eigennutzung, also, wenn da dann auch die EEG-Umlage draufkommt bzw. wenn die Eigennutzung ab einer gewissen Grenze ganz ausfallen sollte. Das ist für uns natürlich sehr schwierig, weil wir sehr viele Industriebetriebe davon überzeugt haben und es denen ja auch in unseren Bebauungsplänen vorgegeben haben, dass sie ihre Dachflächen mit PV bestücken müssen, um den Flächenverbrauch nicht noch doppelt zu haben, sondern dass, wenn da eine große Halle ist, diese dann auch mit PV bestückt wird. Und es passt optimal. Wenn bei uns die Sonne scheint, wenn die produzieren und der Strom dann direkt verbraucht wird. Das ist für uns ein ganz wichtiges Thema, dass das fortgesetzt wird, und dass man da eher Hemmschuhe wegmacht. Da ist viel Produktion, die man umweltfreundlich vor Ort mit absichern kann.

Beim Wald, muss ich sagen, sind wir Gott sei Dank in einer sehr verwöhnten Gegend, weil wir im Voralpenbereich sind. Wir hatten auch in diesem Jahr wieder sehr viel Niederschlag, also überdurchschnittlich viel, sodass wir zwar auch Kalimitätsholz hatten und auch bei uns der Holzmarkt belastet war, aber das war jetzt weniger schlimm, als in vielen anderen Regionen Baden-Württembergs und Süddeutschlands. Aber auch da ist es so, dass wir uns natürlich bemühen, den Wald klimagerecht umzubauen. Aber jeder, der da eine Ahnung hat, weiß, dass das natürlich Jahrzehnte dauert, und es ist auch immer eine Frage, wie man

es richtig macht. Wie schafft man jetzt den Wald von morgen und übermorgen? Aber da sind wir Kommunen dran, das ist für uns eine selbstverständliche Aufgabe.

Zum Thema „Energieagentur“: Wir haben bei uns im Landkreis eine sehr starke Energieagentur. Die macht wirklich herausragend gute Arbeit, die berät alle unsere Kommunen. Gerade sind auch kleinere Kommunen dabei, mit Hilfe und Unterstützung der Energieagentur energieautarke Wohngebiete zu erschließen. Das ist sehr wichtig. Wir bieten hier bei uns auch für die Privathausbesitzer Energieberatung an, und das wird auch sehr gut genutzt. Wir haben eine Architektin in der Energieagentur, die die Menschen vollkommen unabhängig berät. Auch das ist ein wichtiger Baustein, und das wird sehr gut angenommen. Jetzt hoffe ich, dass ich die meisten Punkte genannt habe.

**Vorsitzender Dr. Andreas Lenz** (CDU/CSU): Ich denke, ja, aber in der zweiten Runde ergibt sich vielleicht auch noch mal die Möglichkeit, sollte etwas vergessen worden sein. Aber zunächst hat Herr Schnur das Wort.

Sachverständiger **Manfred Schnur** (Landrat des Landkreises Cochem-Zell): Danke. Ich will versuchen, in der Reihenfolge vorzugehen.

Für Kommunalpolitiker passen Gesetze nie. Was wir brauchen ist kommunaler Freiraum/Spielraum, und den sollten wir auch nutzen. Wir nutzen vielfach die Freiräume, die uns die kommunale Gestaltungsmöglichkeit gibt, das zu tun, was wir können. Wir sind dankbar für Unterstützung. Wenn ich das Klimamanagement mal als Beispiel nehmen darf, da bin ich sehr dankbar und kann anerkennen, wie der Bund uns auf dem ganzen Weg seit 2008 begleitet hat, und wir konnten daraus ganz tolle Konzepte entwickeln. Was sicherlich wichtig ist, sind Förderungen. Förderungen sollen einfach sein, aber ich glaube, es gibt nicht nur das günstigste Gebot, sondern auch das nachhaltigste Gebot. Das ist nicht immer das günstigste, aber ich muss – glaube ich – auch bei Förderungen und Unterstützungen Lebenszeiträume betrachten, und ich denke, das würde uns auch ein gutes Stück voranbringen. Was wir natürlich auch brauchen, ist eine kommunale Finanzausstattung. Da ist zwar der Bund nur indirekt beteiligt, aber der Bund hat in den letzten Jahren doch eine Menge dazu beigetragen. Leider können wir



das von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich sehen. Es gibt da auch die sogenannten „klebrigen Finger“ dazwischen, dass nicht immer alles dort angekommen ist, wo es vielleicht vom Bund auch gedacht war.

Wir sind steuerschwächste Kommune in Rheinland-Pfalz als Landkreis. Trotzdem können wir das bei uns machen, weil nämlich Nachhaltigkeit und Klimaschutz auch Wertschöpfung ist. Das rechnet sich, und das ist auch unsere Prämisse. Wir haben nie groß subventioniert, sondern immer versucht, auch eine Wertschöpfungskette daraus zu schaffen. Vieles ist halt nur manchmal die Idee. Ich will nur ein Beispiel aufgreifen: Ich habe im Frühjahr hier bei uns als Antwort auf „Fridays for Future“ „Fridays for Trees“ eingeführt, indem ich mit Schulen mit dem Forst zusammen Bäume pflanze. Das kostet mich ein Frühstück. Die Bäume sind da, aber wir leisten auch einen praktischen Beitrag dazu, zu zeigen, was uns der Wald, unsere grüne Lunge, auch bedeutet. Und wer ist wichtiger, als junge Menschen, an dies heranzuführen, und das tun wir mit großer Begeisterung. Frau Ministerin Klöckner ist die Schirmherrin.

Zur Energieberatung: Wir haben uns mit der Verbraucherzentrale vereinbart. Bei uns kann jeder von der Verbraucherzentrale einen Termin erhalten. Wir haben in Rheinland-Pfalz, obwohl ich mit 62.000 Einwohnern der zweitkleinste Landkreis bin, die höchste Anzahl der Energieberatungen, nur als Beispiel.

Als wir in 2008 mit Klimaschutz begonnen haben, bin ich belächelt worden – als ob man sonst keine andere Arbeit hätte. Mittlerweile hat uns die Politik jedoch bewiesen – und die Gesellschaft uns eingeholt, dass das Thema ganz oben auf der politischen Agenda steht. Auch zur Nachhaltigkeit mag man vielleicht heute noch sagen, es gäbe Wichtigeres im Leben. Das mag vielleicht vordergründig so sein. Wir dürfen andere wichtige Themen – ob Mobilität oder Straßenbau – nicht vergessen, auch das ist unsere Aufgabe, auch das müssen wir tun. Wir tun es allerdings in einem Konzept und versuchen, es mit Ressourcenschonung und einer nachhaltigen Strategie zu tun. Wir haben auch die Aufgabe, Menschen auch im ländlichen Raum eine Zukunft zu bauen. Wir haben unsere Verantwortung in einem Gesamtsystem wahrzunehmen, denn wir wissen alle, ob das „Paris“ oder „Kyoto“ war: Die Absichtserklärungen

der guten Politik finden nur ihren Widerhall, wenn sie irgendwo vor Ort angepackt und in Einzelbausteinen umgesetzt werden. Ich glaube, das müssen wir tun, und da müssen wir auch irgendwo Überzeugungsträger werden. Das beginnt bei den politisch Verantwortlichen, und das müssen Sie auch in Ihr Haus bringen, und das müssen Sie in die Politik hineintragen. Wenn ich sehe – wir haben Umfragen –, dass bei uns 75 Prozent der Menschen etwas mit Klimaschutz anfangen können und auch dazu stehen, denke ich, das ist eben auch der Erfolg einer langjährigen Arbeit.

**Vorsitzender Dr. Andreas Lenz** (CDU/CSU): Vielen herzlichen Dank.

Sachverständiger **Manfred Schnur** (Landrat des Landkreises Cochem-Zell): Ich habe jetzt die Fragen beantwortet, aber wenn Sie es wünschen, bin ich auch gerne bereit, dem Beirat zu den einzelnen Punkten noch einige schriftliche Anregungen vorzulegen, die Sie dann möglicherweise in Ihre Arbeit einbringen können.

**Vorsitzender Dr. Andreas Lenz** (CDU/CSU): Das nehmen wir gerne an. Wir schließen aber noch eine zweite Fragerunde an. Vielleicht ergeben sich da auch einige Antwortmöglichkeiten, aber nichtsdestotrotz sind natürlich auch die schriftlichen Ausführungen sehr wertvoll, weil diese die Dinge noch mal auf den Punkt bringen und auch die Wünsche und Forderungen noch mal klarmachen. Die erste Wortmeldung in der zweiten Runde, hat noch einmal der Abgeordnete Matern von Marschall.

Abg. **Matern von Marschall** (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender.

Herr Schnur, Sie hatten vorhin erwähnt, das fand ich bemerkenswert, dass Sie in den Kommunen des Landkreises auch internationale Partnerschaften pflegen. Es gibt ja die vom Entwicklungsministerium geförderte Initiative „Engagement Global“. Da wird Gemeinden beim Aufbau und bei der Entwicklung solcher Partnerschaften praktische Unterstützung geleistet. Ich finde das sehr wichtig, weil es auch eine stärkere Akzeptanz für die Verantwortlichkeit im globalen Handeln gibt, wenn Menschen selber aus der Erfahrung ihrer eigenen kommunalen und globalen Partnerschaften dieses praktische Erleben haben, z. B. auch mehr Akzeptanz für unsere entwicklungspolitische Zusammenarbeit. Vielleicht können Sie dazu noch





sagen, wie Ihre Erfahrungen sind, ob Sie oder Kommunen in Ihrem Landkreis das Programm von „Engagement Global“ nutzen. Danke.

**Vorsitzender Dr. Andreas Lenz** (CDU/CSU): Herzlichen Dank. Die zweite Wortmeldung ist von Michael Thews von der SPD.

Abg. **Michael Thews** (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Vielen Dank aber auch für die Beiträge. Ich glaube, auch für uns ist das noch mal ganz wichtig, zu hören, was alles möglich ist oder wo die Probleme in den Kommunen sind. Ich habe den Eindruck, dass einiges gerade im Bereich Photovoltaik vielleicht auch einfacher gestaltet werden sollte, damit solche Initiativen auch flächendeckend gestaltet werden können. Dazu ist aber auch notwendig, dass alle mitziehen in so einer Kommune. Ich habe das bei uns mal erlebt bei Projekten, wo dann auch Handwerker beteiligt waren, wo Menschen Energieberatungen in Anspruch genommen haben oder eben auch nicht. Da war es häufig so, dass – sozusagen – das Gefühl in der Kommune noch nicht entstanden ist, dass wir hier vorangehen müssen. Das heißt, man hat einzelne Maßnahmen gemacht, man hat aber – sage ich mal – kein Gefühl dafür entwickelt. Wir haben mittlerweile Kommunen, die dann auch Preise gewinnen, die „nachhaltigste Kommune“ werden oder die in irgendeiner Form ausgezeichnet werden. Meine Frage an beide Sachverständige wäre jetzt: Wie nehmen Sie die Zivilgesellschaft mit? Wie werben Sie für dieses Thema? Der Appell von Herrn Schnur, der war ja gerade schon sehr eindringlich, muss man sagen, aber wie machen Sie das, dass wirklich jetzt auch die gesamte Bevölkerung mitzieht? Die Informationen sind wahrscheinlich zu vielen Themen da, aber wie nehmen Sie die Leute mit? Gibt es Veranstaltungen? Gibt es Öffentlichkeitsarbeit in Ihrem Bereich? Das ist ja eine Frage, die wir uns auch im Bereich des Nachhaltigkeitsbeirats immer wieder stellen. Den Experten sind viele Sachen schon klar, die Themen sind angekommen, aber wie kommen sie in der Zivilgesellschaft an? Das würde mich jetzt noch mal aus der Sicht der beiden kommunalen Vertreter interessieren.

**Vorsitzender Dr. Andreas Lenz** (CDU/CSU): Vielen Dank. Als Nächster nochmal Abgeordneter Dr. Rainer Kraft von der AfD.

Abg. **Dr. Rainer Kraft** (AfD): Danke. Ich würde

gerne noch Herrn Landrat Schnur fragen, weil er vorhin gesagt hat, dass sich das insofern rechnet. Also vorab, aus meinem Kreis ist die Erfahrung, dass sich eine energetische Sanierung von Altbauten im Prinzip nicht rechnet. Energetische Planungen rechnen sich, wenn ich sie in ein neues Projekt hineintue. Dann habe ich ein Einsparpotenzial, das sehr viel besser ist als die dann geringen Mehrkosten. Aber wenn ich anfangs, Altbauten komplett zu sanieren, rechnet sich das in der Regel nicht. Es ist auch nicht unbedingt nachhaltig, wenn Sie – wie Sie vorhin gesagt haben – 150 Prozent erneuerbare Stromkapazitäten haben. Das sind ja 50 Prozent Überkapazität. Das Schaffen von so großen Überkapazitäten ist auch nicht unbedingt nachhaltig. Deswegen die Frage, inwiefern Ihre Aussage, „Es rechnet sich.“ Tatsächlich mit Ihren Aktivitäten korreliert. Wenn Sie da ein bisschen mehr ins Detail gehen können, würde es mich durchaus interessieren. Danke.

**Vorsitzender Dr. Andreas Lenz** (CDU/CSU): Herzlichen Dank. Als Nächster noch mal Herr Dr. Hoffmann von der FDP.

Abg. **Dr. Christoph Hoffmann** (FDP): Ich hätte noch einmal eine Frage an Herrn Henle. Er hat vorhin von den Wünschen, dass die Rahmenbedingungen stabil bleiben, gesprochen. Ich glaube, da war auch die Rede von Biogas und Einspeisungen, – dass wir dazu vielleicht noch was Näheres hören. Im gleichen Atemzug wurde auch die Wärmekopplung genannt, dass wir vielleicht noch konkret ein paar Hinweise bekommen, wo es da hakt.

Und vielleicht auch noch eine Frage an beide. Manchmal habe ich den Eindruck – ich war lange Bürgermeister und ich sitze jetzt auch im Kreisrat –, dass wir eher zu viele Förderprogramme haben, die zu komplex, zu kompliziert sind und – ich sage mal – Selbstheilungskräfte des Marktes nicht stark genug genutzt werden. Ich habe versucht, das am Beispiel der Photovoltaik zu zeigen: Wenn die EEG-Umlage wegfällt, dann kommen die Investitionen eigentlich automatisch, da brauchen wir uns nicht so viele Gedanken machen. Würden Sie diese Einschätzung teilen?

**Vorsitzender Dr. Andreas Lenz** (CDU/CSU): Vielen Dank. Als Nächstes Herr Zdebel von der LINKEN.





Abg. **Hubertus Zdebel** (DIE LINKE.): Ich persönlich komme aus Münster, kenne aber auch das Münsterland, das ein sehr stark ländlich geprägter Raum ist. Wenn ich mir dann den ÖPNV angucke, dann klappt das in Münster noch sehr gut, aber sobald man ein paar Kilometer außerhalb des städtischen Gebietes kommt, wird es manchmal mit den Bus- und den Bahnverbindungen schwierig. Weil Sie ja auch eher aus Mittelzentren bzw. aus ländlich geprägten Kreisen kommen, meine Frage an Sie beide: Wie kann es den Kommunen gerade im ländlichen Raum gelingen, den ÖPNV auszubauen? Das würde mich mal grundsätzlich interessieren, weil das ja auch vor dem Hintergrund der Nachhaltigkeit und der Klimafrage immer wichtiger wird.

Noch eine Frage insbesondere an Herrn Henle: Welche Hürden und welche Chancen sehen Sie, die kommunale Energieversorgung nachhaltig zu gestalten? Sie haben ja in Ihrem Eingangsstatement auch die Solarparks bei Ihnen angesprochen und dabei auf die aus Ihrer Sicht zu kritisierenden Ausschreibungsmodalitäten hingewiesen. Vielleicht könnten Sie dazu noch ein paar Ausführungen machen.

**Vorsitzender Dr. Andreas Lenz** (CDU/CSU): Vielen Dank, und abschließend Herr Zickenheiner von den GRÜNEN.

Abg. **Gerhard Zickenheiner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank noch einmal für das Wort. Von mir ist noch eine Frage von vorhin offen. Das ist aber genau die, die mir wichtig ist, und deshalb versuche ich, sie noch einmal sehr präzise zu wiederholen. Das ist die Quantitative. Sie sind beide auf einem guten Weg. Schaffen Sie die Klimaziele von Paris? Sind Sie als Kommune inklusive allen Segmenten – den Bürgern, deren Häuser, der Wärmedämmung – auf einem Pfad, von dem Sie sagen können, wenn Sie so weitermachen, dann sind Sie 2040 bis 2050 klimaneutral? Und wenn nicht, warum nicht, und was brauchen Sie zusätzlich, um das zu schaffen? Weil das ist ja das, was für uns unterschrieben wurde, dass wir es auch tatsächlich hinkriegen. Was würden Sie dazu noch brauchen? Wie könnte man Sie dabei unterstützen?

**Vorsitzender Dr. Andreas Lenz** (CDU/CSU): Vielen Dank. Wir leiten jetzt in die abschließenden Antwortrunden über, und ich denke, es hat sich

bewährt, dass der Herr Henle beginnt. Herr Henle, Sie haben das Wort, und wir würden noch mal fünf Minuten vorsehen.

Sachverständiger **Hans-Jörg Henle** (Oberbürgermeister, Leutkirch im Allgäu): Ich fange jetzt mit der letzten Frage zu Paris und den Klimazielen an. Wir sind da gut unterwegs, aber ich glaube, so, wie wir jetzt unterwegs sind, werden wir es nicht schaffen. Für uns ist das Hauptproblem der private Gebäudebestand, aber auch unser kommunaler Gebäudebestand. Wie schaffen wir es, dass hier der Wärmeverbrauch zurückgeht? Das wird ein ganz großes Thema sein und das Thema „Mobilität“, das hatte ich vorhin auch genannt. Ich weiß es nicht. Gelingt es über Immobilität oder über mehr ÖPNV? Wie wir den ÖPNV in ländliche Gebiete hinein bekommen, das ist die große Herausforderung. Es ist in der Tat so, da haben wir auch keine Patentlösung. Wir sind derzeit dabei, im ganzen Landkreis mit einer Beratungsgesellschaft zu überlegen, wie wir die ÖPNV-Angebote verbessern können. Was müssen wir machen? Verlässliche Taktangebote? Aber wir kennen das Ergebnis noch nicht und haben auch die Lösung noch nicht.

Zum Thema „Ausschreibungshemmnisse bei PV-Parks“: Wenn man einen PV-Park machen will, sind sehr umfangreiche Bebauungsplanverfahren notwendig. Da muss man sehr große umfangreiche Gutachten machen, dass man dann auch den Eingriff ausgleichen kann. Man muss mit den Eigentümern über Pachtpreise verhandeln, und das ist ein sehr großer Aufwand. Bei PV-Parks ist das immer locker in einem sechsstelligen Bereich, in dem sie in Vorleistung gehen. Das können sie jetzt in unserer Situation nicht machen, weil sie dann ein großes Risiko eingehen, ob sie überhaupt für so eine Fläche einen Zuschlag bekommen. Deswegen haben wir – das muss man ehrlich sagen – die Erweiterung unserer PV-Parks immer mit 749 KW gemacht. Alle zwei Jahre konnte man das bisher machen, und haben so getrickst, um da überhaupt etwas weiter zu kommen. Das ist unser ganz großes Hemmnis bei der Ausschreibung. Ich verstehe natürlich das Ziel, dass man hier wirklich auf eine wirtschaftliche Größe herunkommt, aber das hemmt uns sehr dabei. Wenn die EEG-Umlage für Eigennutzung wegfallen würde und auch für Verbundsysteme, dann wäre uns da



schon geholfen. Noch mal zu den Rahmenbedingungen: Mir hat eine große Firma, die Kraft-Wärme-Kopplung betreibt, gesagt, sie hängt im Raum. Ich bin jetzt nicht so im Detail drin, weil wir kommunal nur kleine Anlagen betreiben, wo wir nicht betroffen sind, aber die haben große, ich glaube mit 15, 16 MB Wärmeleistung. Die hat gesagt, wenn die Politik jetzt nicht Verlässlichkeit schafft, dann geht sie halt zum Öl zurück. Das ist natürlich eine eher frustrierte Aussage gewesen, das wollen wir auch nicht machen. In diesem Segment „Kraft-Wärme-Kopplung“, da bin ich nicht tief drin, aber da muss es für die Firmen Probleme geben, und da sollte man Lösungen hinbekommen.

Wie schaffen wir es, die Bürger mitzunehmen? Wir machen das auf ganz unterschiedliche Weise. Wir haben ein Nachhaltigkeitszentrum im Bürgerbahnhof eingerichtet, wo laufend Infoveranstaltungen sind zu Themen, die die Leute interessieren, z. B., wie sie modernisieren können. Wir machen auch viele Angebote für die Landwirtschaft und die werden sehr gut genutzt. Wir haben auch ein Energiebündnis, wo neben den politischen Akteuren unserer Kommune die ganze Handwerkerschaft mit dabei ist. Wir versuchen, ganz viel mit den Themen in die Schulen zu gehen. Wir versuchen, auch andere Gruppen zu erreichen und haben schon den katholischen Bischof eingeladen. Er soll im Nachhaltigkeitszentrum über Nachhaltigkeit aus christlicher Verantwortung sprechen. Wenn man sagt, wir wollen nicht immer quasi im gleichen Süppchen immer die Gleichen treffen, die eh schon versuchen, alles hinzubekommen, sondern so breit wie möglich streuen. Wir machen auch eine Bürgerbeteiligung immer so, dass wir die Teilnehmer auslösen, da wir sagen: Wir wollen gleich viele Männer und Frauen dabei haben, wir wollen alle Altersklassen dabei haben, wir wollen Stadt und Land dabei haben, nicht immer die gleichen Akteure, und das läuft auch sehr gut, dass man das dann weit in die Bevölkerung hineinbekommt.

Was bei uns ganz wichtig ist, sind die Firmen. Wenn eine Firma mit 1.000 Mitarbeitern das zu ihrem ganz wichtigen Entwicklungsziel macht und das auch bei den Mitarbeitern immer wieder kommuniziert wird, dann kriegen Sie da auch eine ganz große Breite hinein. Wir haben auch Firmen, die Mobilitätsangebote machen und das den

Mitarbeitern immer wieder nahelegen und diese laufend Befragungen machen. Ich denke, es ist ganz wichtig, die Wirtschaft mitzunehmen, dass man da auch auf verträgliche Lösungen kommt. Letztes Beispiel: Wir haben gerade im Industriegebiet vor drei Jahren ein super Konzept gemacht: Wie können wir Wärme von den Firmen, die diesen Überschuss haben, zu denen bringen, die ihn brauchen? Letztendlich hat sich dann halt gezeigt: Unter den aktuellen Rahmenbedingungen können selbst Firmen, die da sehr offen sind, nicht mitmachen. Da muss man einfach sagen: Wir haben viel zu günstige Preise für Öl und auch für Gas. Wir wünschen uns auch, dass man es irgendwie schafft, die CO<sub>2</sub>-Bepreisung hinzubekommen. Ich habe nicht die Patentlösung, wie man das am besten macht – über Steuern oder über Zertifikate –, aber auf jeden Fall glaube ich, wenn man da Rahmenbedingungen schafft, dann wird vieles von ganz alleine möglich sein.

**Vorsitzender Dr. Andreas Lenz** (CDU/CSU): Vielen herzlichen Dank. Jetzt hat Herr Schnur das Wort.

Sachverständiger **Manfred Schnur** (Landrat des Landkreises Cochem-Zell): Ich beginne mit der ersten Frage zu dem Engagement für Ruanda: Ich war dabei, als vor etwa 40 Jahren der damalige Ministerpräsident Bernhard Vogel diese Partnerschaft mit Ruanda gegründet hat, und bin seit dieser Zeit dieser Partnerschaft verbunden. Es ist eine „Graswurzel-Partnerschaft“, die von der Bevölkerung, von Menschen, getragen wird zu Menschen in Ruanda. Ich denke, wir sind dort mit der größte Partner in der Entwicklung in diesem doch noch armen Land, ob das Bildung ist, ob das Infrastruktur ist, ob das Wasserversorgung ist. Ich will aber auch unterstreichen: Mit Herrn Minister Müller. Herr Minister Müller ist ein sehr engagierter Entwicklungshilfeminister. Und „Engagement Global“ ist uns bekannt. Wir arbeiten auch mit „Engagement Global“ zusammen. Das nutzen wir, und ich denke, da haben wir – glaube ich – in dieser Richtung politisch vom Bund gerade auch in der Person des Ministers eine gute Unterstützung.

Zur Öffentlichkeitsarbeit: Ich glaube, es ist ein ganz wichtiger Schlüssel, Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben. Man muss die Menschen gewinnen und sie mitnehmen. „Tue Gutes und rede darüber.“ ist das eine. Was wir natürlich auch machen: Wir machen jedes Jahr eine Klimawoche. Diese findet



nächste Woche statt, natürlich jetzt wegen Corona in anderen Formaten. Wir sind in den Schulen, wir machen viele Klassen-Projekte mit Schulen, mit Kindergärten und, und, und. Wir machen eine sehr aktive Öffentlichkeitsarbeit unseres Hauses auch mit unserem Verein „Unser Klima“. Und was wir natürlich auch machen – und das machen wir schon seit 15 oder zwölf Jahren, wir machen viele Bürgerprojekte. Angefangen vom Solar, zusammen mit dem Handwerk, zusammen mit den örtlichen Banken, den Raiffeisen- und Genossenschaftsbanken, indem wir die Menschen beraten – durch die Energieagentur, durch die Verbraucherzentrale – und Projekte anbieten und sagen: „Du kannst das sanieren, Du kannst das in Deinem Haus machen.“, was mit dem Solarkataster beginnt bis hin zur Finanzierung. Wir errechnen auch nachher den Menschen für jedes Projekt die Wirtschaftlichkeit. Das finde ich eine runde Sache. Also, Projekte kann man auch wirtschaftlich machen und etwas für den Umweltschutz tun. Wir dürfen nur eines nicht tun: Wir dürfen nicht alles nur am Ölpreis festmachen, sondern wir müssen auch etwas festmachen und nächstes Jahr kommen ja auch die CO<sub>2</sub>-Zertifikate dazu, sodass wir da ganz andere Voraussetzungen haben.

Wir produzieren auch keine Überkapazität. Die Bundesrepublik hat noch keine 100 Prozent Erneuerbare Energien in der Versorgung, deshalb produzieren wir für den Bereich, der noch nicht mit Erneuerbaren versorgt werden kann. Was allerdings so ein bisschen unser Ehrgefühl ist: Wenn wir selbst 66 Prozent „erneuerbar“ sind, dann fehlen uns da 34 Prozent. Wir wollen gerne 100 Prozent. Ich denke, das wäre schon mal ein Schritt auf dem Weg zu Paris. Wir haben ja durch den Masterplan die Vorgabe von 95 Prozent Einsparung von CO<sub>2</sub>, die Halbierung des Endenergieverbrauchs von dem Basisjahr betrachtet. Diese Ziele werden wir – oder versuchen wir – zu erreichen. Ob wir sie erreichen werden, ist nicht klar, aber wir brauchen natürlich die Akteure und wir brauchen die Menschen. Und ich denke, so fünf Bioenergiedörfer, in denen wir etwa 600 Einzelwohngebäude mit Nahwärme versorgen können, wegbringen vom Öl und das sich rechnet. Wir machen alles unter der Rechnung, günstiger zu sein als Öl oder Gas. Und das rechnet sich auch für uns, denn wir kriegen keinen Stempel unserer Kommunalaufsicht für Projekte, die sich nachher nicht rechnen. Deshalb sage ich ja, die rein fiskale

Betrachtung ist nicht das Einzige. Aber trotzdem: Solche Projekte rechnen sich von der Heizung angefangen bis hin zu den Sanierungen.

In unseren Dörfern sind viele Straßenleuchten. Wir haben bei 70 Prozent mittlerweile LED. Die rechnen sich alle in zwei Jahren. Die sind alle in zwei Jahren investitionsneutral und danach machen sie Profit. Also, Sie sehen, das ist – glaube ich – eine ganz wichtige Sache. Ich habe noch die Förderprogramme, einfache Programme, aber auch Programme, die längerfristig wirken. Wir können Vieles nicht an einem Tag machen, und das gilt auch für die Privaten. Ein Beispiel: Ich habe mal ganz früher ein Häuschen gebaut, da habe ich „7b“ bekommen (§ 7b Einkommenssteuergesetz, EStG). Ich frage mich: Warum gibt es keinen § 7b (EStG) für die Sanierung? Das wäre vielleicht gerade im privaten Bereich ein Anreiz, den wir ja brauchen, um zu investieren und dergleichen mehr.

Herr Zickenheiner, ich weiß nicht, ob wir Paris bis 2050 schaffen. Ich bin kein Prophet, aber ich glaube, wir haben begonnen und Ziele bei Wärme und Verkehr gesetzt – dazu zählt auch die Mobilität, dazu zählt auch der ÖPNV. Wir machen derzeit ein Projekt zu ÖPNV und grünem Wasserstoff, um ein Beispiel zu nennen. Wir dürfen natürlich auch im ÖPNV nicht nur auf den Bus gucken. Ich glaube, es zählen – als Beispiel künftig, auch durch das E-Bike, Radwege. Diese ganzen intelligenten Sachen müssen wir zusammenfassen und daraus dem Bürger ein schlüssiges Konzept anbieten, vielfältig und für ihn zur freien Entscheidung; da sind viele Ideen auf dem Markt. Es muss nicht jeder das Rad zweimal erfinden. Wenn es erfunden ist, kann man auch auf etwas zurückgreifen. Deshalb sind auch solche Austausche wie hier unter politischer Unterstützung in der Breite wichtig, es auch weiter zu geben. Ich bin ein älterer Mensch, und ich glaube, 2050 werde ich vom Lebensalter nicht erleben, aber ich würde mir nie vorwerfen lassen, ich hätte nicht daran gearbeitet, diese Ziele zu erreichen. Vielen Dank.

**Vorsitzender Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU):** Vielen herzlichen Dank, Herr Schnur. Das war gleichzeitig ein sehr schönes Schlusswort. Ich möchte aber die Gelegenheit noch nutzen, Ihnen, Herr Henle und Herr Schnur, ganz herzlich im Namen des gesamten Beirats zu bedanken. Das waren aus



meiner Sicht sehr eindrückliche Beispiele. Sie haben auch gemerkt, wie interessiert der gesamte Beirat die Diskussion und Ihre Beispiele verfolgt hat. Insofern sind die Botschaften angekommen. Ich möchte mich auch für den Austausch bedanken und biete natürlich auch im Namen aller an, dass Sie uns Ihre Punkte noch einmal schriftlich darlegen, aber natürlich auch, wenn es Einzelpunkte gibt. Wenn der Gesetzgeber hier etwas machen kann, und wenn es in unserer Macht steht, dann unterstützen wir hier sehr gerne. In dem Sinne noch mal ganz herzlichen Dank. Der virtuelle Applaus ist Ihnen gewiss. Herzlichen Dank noch einmal für den Input, und ich würde mich auch freuen, wenn wir entsprechend im Austausch bleiben. Dankeschön.

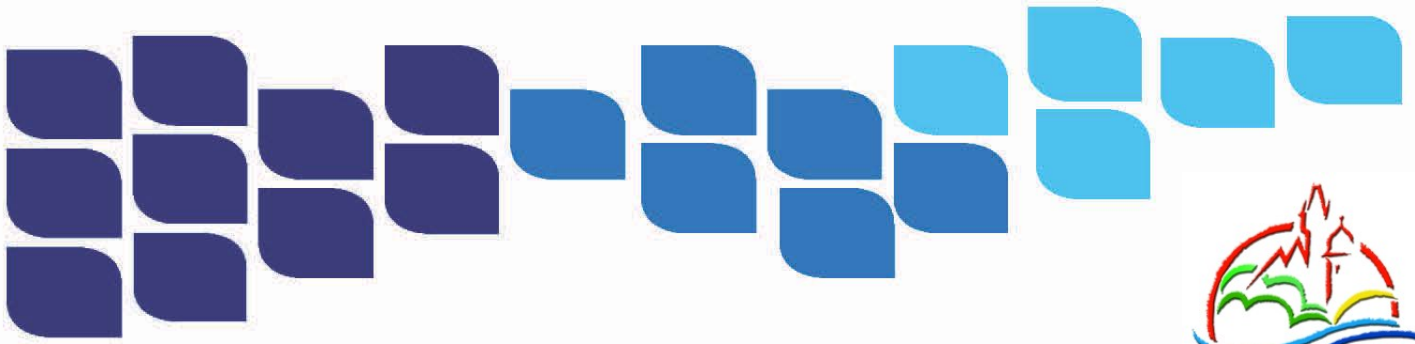
Sachverständiger **Hans-Jörg Henle** (Oberbürgermeister, Leutkirch im Allgäu): Ganz herzlichen Dank. Es war mir eine Ehre.

Sachverständiger **Manfred Schnur** (Landrat des Landkreises Cochem-Zell): Dem kann ich mich nur anschließen. Es ist ein sehr interessanter Austausch gewesen.

**Vorsitzender Dr. Andreas Lenz** (CDU/CSU): Vielen lieben Dank noch mal. Wir beenden die öffentliche Sitzung. Ich bitte alle Anwesenden, noch hierzubleiben, wir schließen gleich die nicht-öffentliche Beiratssitzung an.

Schluss der Sitzung: 19:11 Uhr

Dr. Andreas Lenz, MdB  
**Vorsitzender**



Deutscher Bundestag  
Parlamentarischer Beirat  
f. nachhaltige Entwicklung

Ausschussdrucksache  
**19(26)84**

# Für eine gute Zukunft...

**Nachhaltigkeitsstrategie des  
Landkreises Cochem-Zell 1.0**





# Inhaltsverzeichnis

<b>Vorwort</b>	<b>3</b>
<b>1. Entwicklung hin zur Nachhaltigkeitsstrategie</b>	<b>4</b>
<b>2. Das Leitbild des Landkreises Cochem-Zell</b>	<b>7</b>
2.1 Das Leitbild	7
2.2 Die drei Nachhaltigkeitsagenden „smart“, „resilient“ und „fair“	8
2.3 Kernziele des Landkreises Cochem-Zell	9
2.4 Indikatoren	10
2.5 Aktueller Stand der Nachhaltigkeitsentwicklung	14
<b>3. Nachhaltigkeitsmanagement</b>	<b>19</b>
3.1 Nachhaltigkeitsstrategie	21
3.2 Nachhaltigkeitsprüfung	23
3.3 Nachhaltigkeitshaushalt	23
3.4 Regelmäßige Nachhaltigkeitsberichte	24
<b>4. Organisation</b>	<b>24</b>
4.1 Koordinationsstelle	24
4.2 Steuerungsgruppe intern	25
4.3 Steuerungsgruppe extern	25
<b>5. Zusammenfassung</b>	<b>25</b>

## Vorwort

Nachhaltiges Denken hat die Politik des Landkreises Cochem-Zell bereits in den vergangenen Jahren geprägt. Ausgehend von der Lokalen Agenda 21, die der Kreistag im Jahr 2003 beschlossen hat, haben wir den Landkreis Cochem-Zell in den vergangenen Jahren nachhaltig entwickelt. Dabei haben wir das Ziel verfolgt, die Stärken unserer Region mit neuen innovativen Ideen zu kombinieren. Mittels zahlreicher Konzepte und Projektideen wurden die Ziele der Lokalen Agenda in den vergangenen Jahren umgesetzt. Exemplarisch sind in diesem Zusammenhang das Klimaschutzkonzept, das Konzept zur flächendeckenden Breitbandversorgung, die Pflegestrukturplanung oder die Schulentwicklungsplanung zu nennen. In all diesen Konzepten und Projekten wurde immer wieder der Sachverstand der Bevölkerung, der Unternehmen und der Verbände und Institutionen mit eingebunden. Auch bei der Umsetzung der Konzepte wurde der externe Sachverstand immer wieder mit eingebracht. Dies alles geschah unter Beachtung der Nachhaltigkeit, ohne diese jedoch konkret jeweils zu benennen.

Der Begriff der Nachhaltigkeit hat längst Eingang in unseren Alltag gefunden. In der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie heißt nachhaltige Entwicklung, Verantwortung für heute und auch für die kommenden Generationen zu übernehmen, national und international. Der Rat für Nachhaltige Entwicklung versteht darunter, dass die jetzige Generation ihre Bedürfnisse nur in der Weise befriedigt, dass sie die Möglichkeiten künftiger Generationen nicht gefährdet, dieses ebenfalls zu tun.

Der Landkreis Cochem-Zell stellt sich seiner Verantwortung für die kommenden Generationen. Der Kreistag hat die Verwaltung beauftragt, die Lokale Agenda 21 weiter zu entwickeln und ein kommunales wirkungsorientiertes Nachhaltigkeitsmanagement zu etablieren. Dazu gehört auch die Erstellung einer Nachhaltigkeitsstrategie, die die Richtung für die Entwicklung des Landkreises Cochem-Zell für die kommenden Jahre vorgibt. Sie enthält ein Leitbild als Vision für die Gestaltung der Zukunft des Landkreises. Dieses Leitbild wird näher definiert durch strategische Nachhaltigkeitsziele, mit deren Hilfe Handlungsziele und Maßnahmen zur Zielerreichung formuliert und umgesetzt werden. Besonders wichtig ist es, die Zielerreichung mittels Indikatoren sowie Kennzahlen messbar zu machen.

Die Nachhaltigkeitsstrategie für den Landkreis Cochem-Zell trägt den Titel **„Für eine gute Zukunft...“**. Wir können den Landkreis in den kommenden Jahren resilient, smart und fair aufstellen. Bereits heute danke ich Allen, die uns auf diesem Weg unterstützen.

Manfred Schnur

Landrat

## 1. Entwicklung hin zur Nachhaltigkeitsstrategie

Der Kreistag hat im Jahr 2003 auf der Basis der Agenda 21 der Rio-Konferenz von 1992 eine Lokale Agenda 21 und ein daraus entwickeltes Leitbild für den Landkreis Cochem-Zell beschlossen. In dem Leitbild sind sieben Schwerpunkte festgelegt worden, an denen sich die künftige Entwicklung des Landkreises Cochem-Zell orientieren soll. Auf der Basis dieser Lokalen Agenda sind zahlreiche Prozesse und Entwicklungen im Landkreis angestoßen worden. Zudem ist in jeder Sitzungsvorlage der kommunalen Gremien darzustellen, ob sich das Vorhaben an der Lokalen Agenda aus dem Jahr 2003 orientiert. Im Jahr 2014 hat die Verwaltung den Kreisgremien eine Evaluation der Lokalen Agenda 21 vorgelegt und dargestellt, wie sich die Agenda seither entwickelt hat. Allerdings wurde darin deutlich, dass eine Zielerreichung vielfach nicht messbar ist. Es wurden auch im Vorfeld meist keine Zielwerte formuliert, an denen die Wirkung der Maßnahmen hätte gemessen werden können.

Dennoch hat der Kreistag teilweise aufbauend auf den Zielen der Lokalen Agenda 21 in den vergangenen Jahren zahlreiche Konzepte beschlossen, in denen konkrete Ziele vereinbart wurden. Dazu gehören unter anderen das Klimaschutzkonzept, das Breitbandkonzept, die Teilhabeplanung oder die Schulentwicklungsplanung, um nur einige zu nennen.

Im Rahmen der Evaluierung der Lokalen Agenda 21 wurde erkennbar, dass die seinerzeit formulierten Ziele an die Entwicklungen der aktuellen Lebens- und Arbeitsbedingungen angepasst werden müssen.

Dazu hat der Kreistag im November 2017 beschlossen, die Lokale Agenda 21 in ein kommunales Nachhaltigkeitsmanagement überzuleiten. Hierzu hat der Landkreis als Modellkommune im Rahmen des Pilotprojektes „Monitor Nachhaltige Kommune“ der Bertelsmann Stiftung den Einsatz von Indikatoren im Rahmen des kommunalen Nachhaltigkeitsmanagements erprobt. Bei der Etablierung eines kommunalen Nachhaltigkeitsmanagements sollten die bereits vorhandenen Konzepte und deren Zielvorstellungen mit berücksichtigt werden.

Ziel war es, die Konzeptarbeit zukünftig enger zu verzahnen und miteinander zu verknüpfen. Dabei sollten Kernziele für den Landkreis erarbeitet werden, die zukünftig regelmäßig mit der Hilfe von Indikatoren überprüft werden sollen.

Zu Beginn der Entwicklungen hat der Kreistag in einem ersten Schritt im Juni 2018 einen Nachhaltigkeitsbericht beschlossen, der im ersten Schritt nur eine Bestandsaufnahme sein konnte.

In einem weiteren Schritt wurden die im Monitorbericht beschriebenen sieben Nachhaltigkeitsagenden als Grundlage der weiteren Zielformulierung herangezogen.

Als Kernaussagen wurden dabei die „**resiliente**“, „**smarte**“ und „**faire**“ Kommune gewählt. Zu den drei Aussagen wurden insgesamt zehn Kernziele formuliert. Diese Kernziele hat der Kreistag in

seiner Sitzung im November 2018 beschlossen. Im Rahmen dieser Kreistagssitzung wurde die Verwaltung zudem beauftragt, auf dieser Basis ein Indikatorensystem für eine nachhaltige Entwicklung des Landkreises zu erarbeiten.

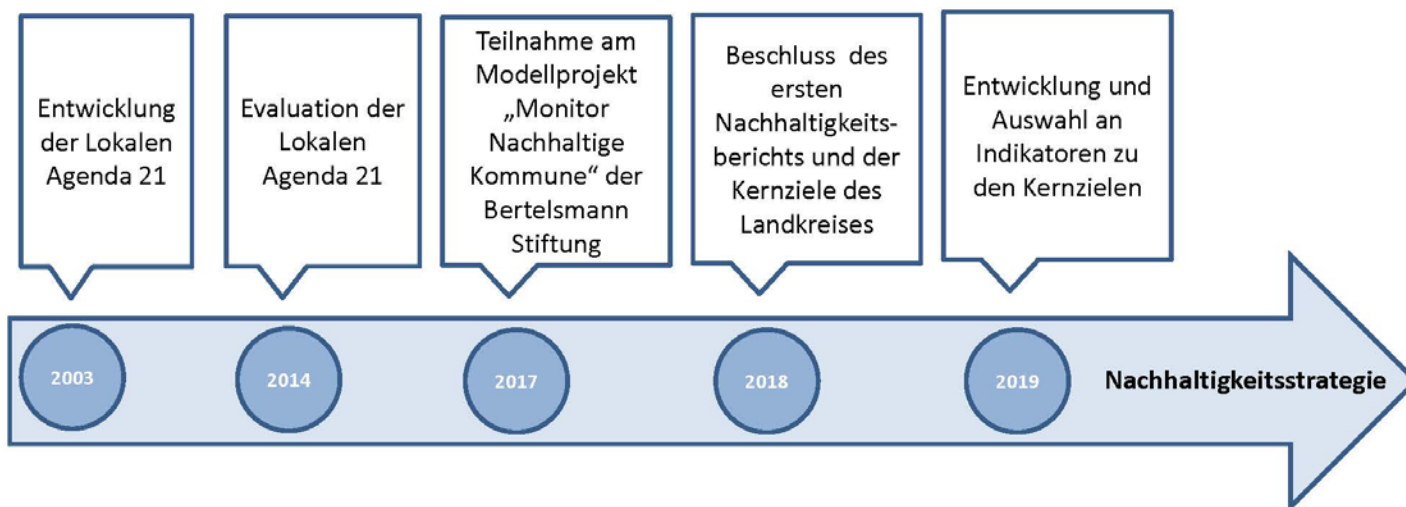
Ziel war es, jedem Kernziel Indikatoren als Messwerte zuzuordnen und diesen Prozess in ein internes Controlling überzuleiten.

Zentrales Anliegen bei der Auswahl von Indikatoren ist die Handhabbarkeit in der Praxis. Um geeignete Indikatoren zu finden, wurden die von der Bertelsmann Stiftung entwickelten Kernindikatoren und perspektivische Indikatoren herangezogen. Aus einer Vielzahl von Indikatoren wurden 37 Kernindikatoren definiert, die aufgrund der Nachhaltigkeitsrelevanz, Validität, der Datenqualität und –verfügbarkeit sowie Funktion als geeignet angesehen wurden. Von diesen 37 Kernindikatoren hat die Bertelsmann Stiftung in ihrem Wegweiser Kommune<sup>1</sup> bereits einige Indikatoren für Kommunen bereitgestellt und diese dort näher erläutert.<sup>2</sup>

Zudem wurden die Indikatoren aus einer Studie der Prognos AG mit einbezogen. Im Auftrag von ZDFzeit ist die Prognos AG der Frage „Wo lebt es sich in Deutschland am besten?“<sup>3</sup> nachgegangen. Ziel der Studie war es, die Lebensumstände in Deutschland möglichst so zu messen, dass alle 401 Kreise und kreisfreien Städte direkt miteinander vergleichbar sind. Insgesamt wurden 53 Indikatoren in den Bereichen Arbeit & Wohnen, Freizeit & Natur und Gesundheit & Sicherheit zugrunde gelegt.

Die Auswahl der Indikatoren wurde in einem Workshop mit den Geschäfts- und Fachbereichsleitungen vorgenommen und im September 2019 vom Kreistag beschlossen.

**Der bisher zeitliche Ablauf ist der nachstehenden Grafik zu entnehmen:**



<sup>1</sup> [www.wegweiser-kommune.de](http://www.wegweiser-kommune.de)

<sup>2</sup> Indikatoren aus dem Monitor Nachhaltige Kommune - Bericht 2016 – Teil 1 der Bertelsmann Stiftung

<sup>3</sup> [deutschland-studie.zdf.de](http://deutschland-studie.zdf.de)

Bei der Erstellung der Nachhaltigkeitsstrategie können die Sustainable Development Goals (SDG's) der Vereinten Nationen nicht außer Acht bleiben. Sie bilden weltweit den Rahmen für einen verantwortungsvollen Umgang mit unserer Welt und den jetzigen und kommenden Generationen.

Bei den SDGs handelt es sich um 17 Nachhaltigkeitsziele, die in der Agenda 2030 von den Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen im September 2015 beschlossen wurden.

## SUSTAINABLE DEVELOPMENT GOALS



4

Diese Nachhaltigkeitsziele fließen in die Nachhaltigkeitsstrategie des Landkreises mit ein. Dabei werden die vom Landkreis formulierten Ziele und die daraus entwickelten Maßnahmen mit den Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen abgeglichen. Ein Abgleich der bereits formulierten Kernziele (strategische Ziele des Landkreises) mit den SDG's zeigt, dass diese bereits 15 der insgesamt 17 Nachhaltigkeitsziele tangieren. Mit diesem regelmäßigen Abgleich, auf den in Kapitel 4 nochmals eingegangen wird, stellt der Landkreis sicher, dass er sich an den aktuellen Entwicklungen auf nationaler und internationaler Ebene orientiert und seine Entwicklungen auch mit andern Kommunen vergleichen kann. Dazu dient besonders das von der Bertelsmann Stiftung entwickelte SGD-Portal<sup>5</sup>.

<sup>4</sup> Grafik: <https://www.un.org/sustainabledevelopment/news/communications-material/>

<sup>5</sup> [www.sdg-portal.de](http://www.sdg-portal.de)



## 2. Das Leitbild des Landkreises Cochem-Zell

### 2.1 Das Leitbild

Der Landkreis Cochem-Zell betreibt auf der Basis der Lokalen Agenda 21 eine nachhaltige Entwicklung. Dabei orientiert er sich in Zukunft an der Agenda 2030 der Vereinten Nationen, die in allen Ländern der Welt gilt. Die nachhaltige Entwicklung wird dabei als umfassende Entwicklung in ökonomischer, ökologischer und sozialer Hinsicht verstanden.

Der Landkreis Cochem-Zell ist ein resilienter, smarter und fairer Landkreis.

Als resilienter Landkreis ist er anpassungsfähig, krisensicher und widerstandsfähig. Er schützt und bewahrt seine einmalige Landschaft und schafft die Rahmenbedingungen für eine gute wirtschaftliche Entwicklung. Der Landkreis ist geprägt von einer modernen Bildungslandschaft und sicheren Gesellschaftsstrukturen, die durch gute Sozial- und Gesundheitsangebote unterstützt werden.

Der smarte Landkreis zeichnet sich durch intelligente, digitale Lösungen aus. Die digitale Entwicklung im Landkreis basiert auf einer leistungsfähigen Infrastruktur, mit deren Hilfe intelligente Vernetzung und attraktive Online-Dienstleistungen ermöglicht werden.

Der Landkreis versteht unter Fairness, seine Aufgaben verantwortungsvoll, anständig und gerecht wahrzunehmen. Der Landkreis Cochem-Zell steht zu seiner Verantwortung für die kommenden Generationen. Ein sorgsamer Umgang mit den natürlichen Lebensgrundlagen ist für ihn ebenso selbstverständlich wie ein offener gesellschaftlicher Umgang. Er setzt sich ehrgeizige Klimaziele und zeigt Lösungen und Wege auf, um diese zu erreichen.

Das Leitbild ist die Vision für die künftige Entwicklung des Landkreises Cochem-Zell. Es stellt den optimalen Zustand dar, der in kommenden Jahren verwirklicht werden soll. Diese Entwicklung wurde bewusst an drei Begriffen festgemacht, nämlich resilient - smart – fair, die mit diesen wenigen Worten beschreiben, wofür der Landkreis steht. Sie werden hinterfragt und regen zur Diskussion an. Sie sollen die Synonyme für die kommende nachhaltige Entwicklung sein und durch ein integriertes Standortmarketing zum Markenzeichen für den Landkreis Cochem-Zell werden.

## 2.2 Die drei Nachhaltigkeitsagenden „smart“, „resilient“ und „fair“

Ziel bei der Entwicklung von Kernzielen für den Landkreis Cochem-Zell war es, die bestehende Konzeptarbeit zukünftig enger zu verzahnen und miteinander zu verknüpfen.

Es gibt verschiedene Herangehensweisen, um Kernziele zu entwickeln und bereits bestehende Prozesse in ein kommunales Nachhaltigkeitsmanagement überzuleiten. Hierzu wurden die im Monitorbericht der Bertelsmann Stiftung beschriebenen sieben Nachhaltigkeitsagenden „**Inklusive Kommune**“, „**Familiengerechte Kommune**“, „**Umweltgerechte Kommune**“, „**Resiliente Kommune**“, „**Sharing Kommune**“, „**Smarte Kommune**“ und „**Faire Kommune**“ als Grundlage der weiteren Zielformulierung herangezogen.

Hierbei wurde festgestellt, dass einige Begriffe auch in anderen Begriffen aufgehen. So kann beispielsweise die „Familiengerechte Kommune“ auch in der „Fairen Kommune“ zu finden sein. Daher hat der Kreistag beschlossen, nur noch mit den Kernaussagen „**resiliente**“, „**smarte**“ und „**faire**“ Kommune zu arbeiten. Diese Begriffe umfassen die bereits gesetzten und die zukünftig geplanten Ziele des Landkreises am besten.

Eine **resiliente Kommune** zeichnet sich durch gute frühkindliche Bildungsmöglichkeiten, Schulerfolge, eine moderne oder digitale Versorgung, eine starke Wirtschaft mit einer guten Beschäftigungssituation, geringe Arbeitslosigkeit, hohe Investitionsanreize sowie gesellschaftliche und politische Stabilität aus, was in Form von Partizipationsmöglichkeiten (z. B. Wahlen) zum Ausdruck kommen kann. Darüber hinaus weist sie idealerweise einen hohen Sicherheitsgrad, einen soliden Haushalt und eine gesunde Bevölkerung auf. Im Hinblick auf ökologische Aspekte strebt sie zudem eine Verringerung der Umweltverschmutzung und die Bewahrung der Biodiversität an.<sup>6</sup>

Eine **smarte Kommune** leitet sich vom Begriff „Smart City“ ab. Insbesondere verfügt sie über eine intelligente und digital vernetzte Infrastruktur. Diese digitale Infrastruktur bietet die Möglichkeit, zu Hause oder nahe am Wohnort zu arbeiten, ein breites Angebot an Online-Dienstleistungen wahrzunehmen oder eine wohnungsnah Grundversorgung zu verwirklichen.

Auf Basis von intelligenten Stromnetzen und Zählern sollen des Weiteren beispielsweise der CO<sub>2</sub>-Ausstoß verringert, der Energieverbrauch gesenkt und die Energieeffizienz erhöht werden. Schließlich möchte eine Smart City ferner ihre Bürger zur aktiven Partizipation oder zur gesellschaftlichen Teilhabe ermutigen. Die Wahrung der Wettbewerbsfähigkeit und des Innovationspotenzials sind wichtige Merkmale. Aus diesem Grund ist z. B. nicht nur eine erstklassige IT-Ausstattung in Bil-

---

<sup>6</sup> Monitor Nachhaltige Kommune – Bericht 2016 – Teil 1 der Bertelsmann Stiftung

dungseinrichtungen notwendig, sondern auch eine innovative Forschung und ein hoch qualifiziertes Personal.<sup>7</sup>

Die **faire Kommune** versteht sich als Teil von globalen Zusammenhängen und übernimmt sowohl lokale als auch globale Verantwortung, indem sie sich bei der Beschaffung von Waren und Dienstleistungen sowie in ihrer Verwaltung nach ethischen, ökologischen und „Fair Trade“-Prinzipien richtet. Weitere Charakteristika dieser Nachhaltigkeitsagenda sind u. a. das Engagement im Rahmen der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit, die Pflege von Städtepartnerschaften mit Kommunen in Entwicklungsländern und die Unterstützung von Migranten bei der Integration. Weil sie davon ausgeht, dass sich das Handeln vor Ort auf das weltweite Geschehen auswirkt oder globale Konsequenzen nach sich zieht, setzt sich die „Faire Kommune“ für den Klimaschutz, eine Steigerung der Energieeffizienz, einen geringen Energieverbrauch, eine nachhaltige Landwirtschaft und ein umweltverträgliches Wirtschaften ein.<sup>8</sup>

Abschließend wurde zusammengetragen, welche Bedeutung die drei Aussagen für die Verwaltung haben und die Kreisverwaltung für sich darunter versteht. Hieraus wurden Kernziele formuliert.

### 2.3 Kernziele des Landkreises Cochem-Zell

Bei der Formulierung der Kernziele wurde darauf geachtet, dass die betroffenen Bereiche der Verwaltung tangiert werden. Auch in der Außendarstellung des Landkreises werden die Kernziele regelmäßig auftreten. Sie bilden die Basis des oben formulierten Leitbildes.

#### **Kernziele des resilienten Landkreises Cochem-Zell:**

- Cochem-Zell verfügt über eine stabile Wirtschaft, die sich durch eine gesunde Mischung von Unternehmen und regionale Wirtschaftskreisläufe auszeichnet. Verkehrsinfrastruktur und öffentliche Mobilitätsangebote sind verlässlich und zukunftsweisend. Eine generationengerechte und solide öffentliche Haushaltswirtschaft ermöglicht finanzielle Handlungsspielräume.
- Cochem-Zell schützt seine einmalige Landschaft und erzielt mehr lokale Wertschöpfung und Unabhängigkeit durch die schonende Nutzung und Wiederverwertung regionaler Ressourcen sowie die Produktion regenerativer Energien.
- Cochem-Zell besteht aus intakten Städten und Dörfern, in denen gesellschaftlicher Zusammenhalt und Sicherheit einhergehen mit guten Bildungs- und Betreuungsangeboten sowie leistungsfähigen Gesundheits- und Sozialstrukturen.

<sup>7</sup> Monitor Nachhaltige Kommune, a.a.O.

<sup>8</sup> Monitor Nachhaltige Kommune, a.a.O.

### **Kernziele des smarten Landkreises Cochem-Zell:**

- Cochem-Zell steht für die intelligente Vernetzung zwischen wirtschaftlichen Akteuren und Systemen für eine sichere und ökonomische Versorgung mit klimaneutraler Energie.
- Cochem-Zell verfügt über eine flächendeckende und leistungsfähige digitale Infrastruktur und Datenbasis als Grundlage für vielfältige öffentliche und private digitale Dienstleistungen.
- Cochem-Zell verfügt über Bildungseinrichtungen mit der notwendigen digitalen Ausstattung, hält digitale Bildungsangebote vor und fungiert als Lotse im Umgang mit Informations- und Kommunikationstechnologien.
- Cochem-Zell ermöglicht digitale Partizipation und verfügt über den Onlinezugang zu Daten und Informationen.

### **Kernziele des fairen Landkreises Cochem-Zell:**

- Cochem-Zell investiert kontinuierlich, um kommenden Generationen bestmögliche Gestaltungschancen zu bieten, während gleichzeitig finanzielle Spielräume und natürliche Lebensgrundlagen erhalten werden.
- Cochem-Zell ist klimaneutral und wird durch nachhaltige Beschaffung und Vergabe sowie fairen Handel seiner globalen Verantwortung gerecht.
- Cochem-Zell pflegt in seiner ländlichen Struktur eine Kultur der Offenheit und zeichnet sich durch gute Lebensbedingungen und Chancengerechtigkeit für alle Bevölkerungsgruppen aus.

## **2.4 Indikatoren**

Jedem Kernziel sollten ein oder mehrere Indikatoren als Messwerte zugeordnet werden.

Der Bericht Teil 1 des Monitors Nachhaltige Kommune der Bertelsmann Stiftung liefert verschiedene Indikatoren, um Kommunen bei der Entwicklung von Messwerten zu unterstützen.<sup>9</sup>

---

<sup>9</sup> Monitor Nachhaltige Kommune, a.a.O

Um eine Auswahl an Indikatoren zu treffen, wurden die von der Bertelsmann Stiftung entwickelten Kernindikatoren und perspektivische Indikatoren herangezogen. Durch die Bertelsmann Stiftung wurde im Rahmen des Monitors Nachhaltige Kommune nach einer umfangreichen Recherche und verschiedenen Befragungen von Kommunen die Basis für die Entwicklung von kommunalen Nachhaltigkeitsindikatoren bereitet. Aus einer Vielzahl von Indikatoren wurden 37 Kernindikatoren definiert, die aufgrund der Nachhaltigkeitsrelevanz, Validität, der Datenqualität und –verfügbarkeit sowie Funktion als geeignet angesehen wurden.

Zentrales Anliegen bei der Entwicklung der Indikatoren ist die Handhabbarkeit in der Praxis. Deshalb ist auch die Zahl der Kernindikatoren überschaubar. Gleichwohl gibt es eine Vielzahl perspektivischer Indikatoren. Sie sind hoch relevant, derzeit aber noch nicht flächendeckend verfügbar.

Zudem wurden die Indikatoren aus einer Studie der Prognos AG herangezogen. Im Auftrag von ZDFzeit ist die Prognos AG der Frage „Wo lebt es sich in Deutschland am besten?“ nachgegangen. Ziel der Studie war es, die Lebensumstände in Deutschland möglichst so zu messen, dass alle 401 Kreise und kreisfreien Städte direkt miteinander vergleichbar sind. Insgesamt wurden 53 Indikatoren in den Bereichen

- Arbeit & Wohnen
- Freizeit & Natur
- Gesundheit & Sicherheit

zugrunde gelegt.<sup>10</sup>

Im Ergebnis wurden folgende Indikatoren für die einzelnen Kernziele des Landkreises erarbeitet und vom Kreistag beschlossen:

**Resiliente Kommune:**

Kernziele für den Landkreis Cochem-Zell:	Indikatoren:
Cochem-Zell verfügt über eine stabile Wirtschaft, die sich durch eine gesunde Mischung von Unternehmen und regionale Wirtschaftskreisläufe auszeichnet.	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Verfügbares Einkommen privater Haushalte</li> <li>- Steuerkraftmesszahl</li> <li>- Bruttoinlandsprodukt (KI* Nr. 14)</li> </ul>
Verkehrsinfrastruktur und öffentliche Mobilitätsangebote sind verlässlich und zukunftsweisend.	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Erschließung mit öffentlichen Verkehrsmitteln (Häufigkeit pro Ort)</li> <li>- Fahrgastzahlen steigern (Linienbündel) <ul style="list-style-type: none"> <li>➔ kommt erst zum Tragen, wenn alle Linienbündel vergeben sind ➔ 2024</li> </ul> </li> </ul>

<sup>10</sup> [deutschland-studie.zdf.de](http://deutschland-studie.zdf.de)



<p>Eine generationengerechte und solide öffentliche Haushaltswirtschaft ermöglicht finanzielle Handlungsspielräume.</p>	<p>Schuldendeckungsquote (KI Nr. 35)</p>
<p>Cochem-Zell schützt seine einmalige Landschaft</p> <p>und erzielt mehr lokale Wertschöpfung und Unabhängigkeit durch die</p> <p>schonende Nutzung und Wiederverwertung regionaler Ressourcen sowie die Produktion regenerativer Energien.</p>	<p>Anteil naturnähere Fläche an der Gesamtfläche in Prozent (F5* ZDF-Studie)</p> <p>Wertschöpfungsrechner</p> <p>Erneuerbare Energien (PI* Nr. 10)</p>
<p>Cochem-Zell besteht aus intakten Städten und Dörfern, in denen</p> <p>gesellschaftlicher Zusammenhalt und Sicherheit einhergehen mit</p> <p>guten Bildungs- und Betreuungsstrukturen sowie</p> <p>leistungsfähigen Gesundheits- und Sozialeinrichtungen.</p>	<p>Jährliche DE-Statistik,private Dorferneuerung</p> <p>Straftaten je 1000 Einwohner (SDG-Portal*)</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Kinderbetreuung in Kindertagesstätten sowie durch Kindertagespflege (ü1 und u3)</li> <li>- Schulabgänger mit Fachhochschulreife/Hochschulreife (KI Nr. 32)</li> <li>-Lebenserwartung</li> <li>-für die medizinische Versorgung: Einwohner pro Hausarzt, Erreichbarkeit von Krankenhäusern in Minuten</li> <li>- für die pflegerische Versorgung: Ambulant vor stationär (Verhältnis der Anzahl der Personen, die ambulant versorgt werden (Empfänger von Pflegegeld und ambulanten Pflegesachleistungen), zur Anzahl der Personen in stationärer Dauerpflege.</li> </ul>

## Smarte Kommune:

Kernziele für den Landkreis Cochem-Zell:	Indikatoren:
<p>Cochem-Zell steht für die intelligente Vernetzung zwischen wirtschaftlichen Akteuren und Systemen für eine sichere und ökonomische Versorgung mit klimaneutraler Energie.</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Umweltfreundlicher MIV (PI Nr. 17)</li> <li>- Anteil erneuerbarer Energien am Energieverbrauch (mehr Strom bei uns behalten)</li> <li>- Anzahl privater Anschlussnehmer an Nahwärmenetze</li> </ul>
<p>Cochem-Zell verfügt über eine flächendeckende und leistungsfähige Breitbandinfrastruktur und Datenbasis als Grundlage für vielfältige öffentliche und private digitale Dienstleistungen.</p>	<p>Versorgungsquote mit leistungsfähigen (derzeit mind. 50 Mbit/s) Breitbandanschlüssen</p>
<p>Cochem-Zell verfügt über Bildungseinrichtungen mit der notwendigen digitalen Ausstattung,</p> <p>hält digitale Bildungsangebote vor und fungiert als Lotse im Umgang mit Informations- und Kommunikationstechnologien.</p>	<p>IT-Ausstattung an Schulen (PI Nr. 44)</p> <p>Anzahl kreiseigener Angebote im Umgang mit digitalen Medien (evtl. erreichbaren Wert festlegen)</p>
<p>Cochem-Zell ermöglicht digitale Partizipation und verfügt über den Onlinezugang zu Daten und Informationen.</p>	<p>Kommunale Online-Dienstleistungen (PI Nr. 47)</p>

## Faire Kommune:

Kernziele für den Landkreis Cochem-Zell:	Indikatoren:
<p>Cochem-Zell investiert kontinuierlich, um kommenden Generationen bestmögliche Gestaltungschancen zu bieten, während gleichzeitig finanzielle Spielräume</p> <p>und natürliche Lebensgrundlagen erhalten werden.</p>	<p>Bruttoinvestitionen (KI Nr. 37)</p> <p>Intensität der Flächennutzung (KI Nr. 20)</p>
<p>Cochem-Zell ist klimaneutral und wird durch nachhaltige Beschaffung und Vergabe sowie fairen Handel seiner globalen Verantwortung gerecht.</p>	<p>Co<sub>2</sub>-Bilanz (Gesamtwert)</p>
<p>Cochem-Zell pflegt in seiner ländlichen Struktur eine Kultur der Offenheit gegenüber Menschen aus aller Welt, integriert neue Mitbürgerinnen und Mitbürger und</p> <p>zeichnet sich durch gute Lebensbedingungen</p> <p>und Chancengerechtigkeit für alle Bevölkerungsgruppen aus.</p>	<p>Vereine (PI Nr. 57)</p> <p>Immobilienkaufpreis-Einkommens-Relation (ZDF Studie W5*)</p> <p>SGB II/SGB XII-Quote (KI Nr. 22)</p>

## 2.5 Aktueller Stand der Nachhaltigkeitsentwicklung

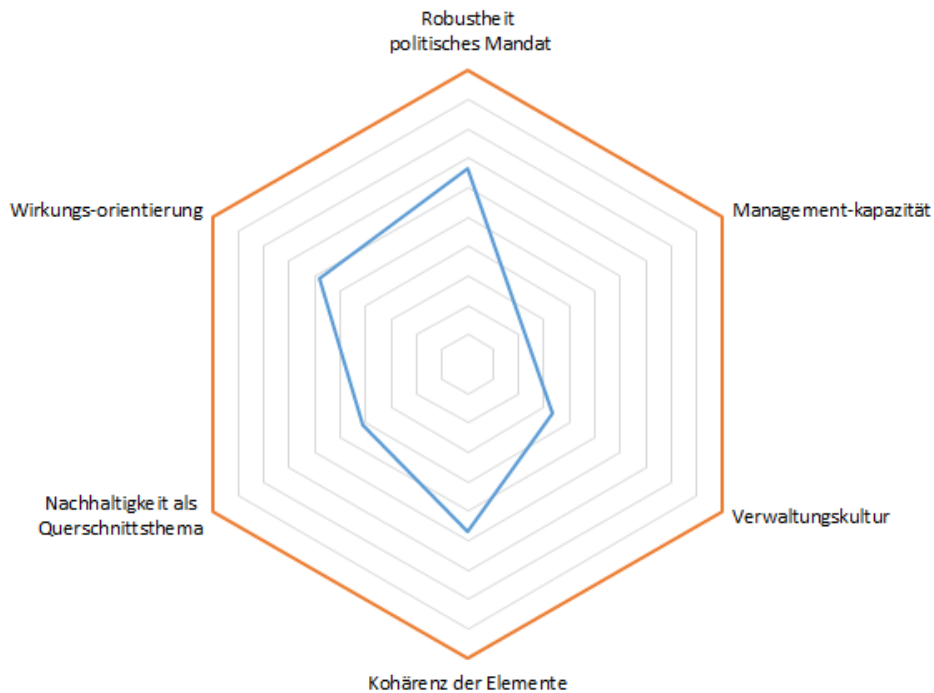
Um bereits einen ersten Eindruck unserer bisherigen Nachhaltigkeitstätigkeiten zu bekommen, hat der Landkreis Cochem-Zell am QuickCheck N des Städtenetzwerkes ICLEI - Local Governments for Sustainability teilgenommen. Es handelt sich hierbei um ein Multiple-Choice-Tool, das erheben soll, wie gut Nachhaltigkeit in einer Kommune gemanagt wird. Die Ergebnisse sind in der Grafik und nachfolgend in den Erläuterungen dargestellt.

## Auswertung pro Kriterium, Definition und Hinweise pro Ergebnis

für Definitionen und Hinweise bitte nach unten scrollen (für Definition siehe auch Word-Dokument Beschreibung Kriterien Anwender)

### Resultate pro Kriterium

Robustheit politisches Mandat	Management- kapazität	Verwaltungskultur	Kohärenz der Elemente	Nachhaltigkeit als Querschnittsthema	Wirkungs- orientierung
67%	22%	33%	57%	41%	58%



### Kriterium 1: Robustheit des politischen Mandats

#### Schlüsselfrage:

Wie stark ist die Verankerung der Nachhaltigkeitssteuerung durch politische Beschlüsse und breit getragene Leitbilder?

#### Erklärung des Kriteriums:

Nachhaltige Entwicklung, die langfristig erfolgreich sein soll, bedarf politischer Legitimation. Je stärker die Schultern sind, auf denen die Ziele nachhaltiger Entwicklung getragen werden, desto besser. Mit dem Kriterium „Robustheit des politischen Mandats“ wird bewertet, wie stark die Nachhaltigkeitssteuerung im kommunalpolitischen Alltag verankert ist.

#### Ergebnis für den Landkreis Cochem-Zell:

Sehr gut, Sie sind bereits weit fortgeschritten. Sehr viele der Maßnahmen für ein robustes politisches Mandat hat Ihre Kommune bereits umgesetzt. Jetzt geht es um den Feinschliff. Überprüfen Sie noch einmal: Wird Ihre Kommune z.B. durch Rats- oder Kreistagsbeschlüsse zum systematischen Nachhaltigkeitsmanagement verpflichtet? Hat Ihre Kommune ein langfristiges Leitbild für die nachhaltige Entwicklung entwickelt? Hat der gewählte Rat oder Kreistag dessen Ziele verabschie-

det? Wurden in Ihrer Verwaltung bereits Ziele oder Maßnahmen zur nachhaltigen Entwicklung mit dem Produkthaushalt verknüpft?

## **Kriterium 2: Managementkapazität**

### Schlüsselfrage:

Wie gut ist die Kommunalverwaltung ausgestattet mit Personal- und Finanzmitteln, Qualifikation und Erfahrung?

### Erklärung des Kriteriums:

Nachhaltige Entwicklung passiert nicht von alleine. Hinter formulierten Zielen, Maßnahmen und Beschlüssen stecken Menschen und Prozesse der Kommunalverwaltung, die an der und für die Umsetzung arbeiten. Je besser die Kommunalverwaltung in dieser Richtung aufgestellt ist, desto effektiver können sich die Nachhaltigkeitsbestrebungen entfalten.

### Ergebnis für den Landkreis Cochem-Zell:

Ihre Kommune hat bereits angefangen, die Verwaltung in Richtung ausreichender personeller und finanzieller Ressourcen auszustatten. Die Prozesse weisen jedoch noch Lücken auf. Diese können Sie füllen. Prüfen Sie z.B. wieviele Stellen Ihrer Verwaltung jährlich für die Koordination und Steuerung einer Nachhaltigen Entwicklung zur Verfügung stehen. Sind die entsprechenden Personen fachlich und methodisch ausreichend qualifiziert? Wie sieht es mit den finanziellen Mitteln aus? Standardisierte Verfahren, in denen die Kompatibilität von Gemeinderats-Beschlussvorlagen mit den Nachhaltigkeitszielen überprüft wird, erhöhen ebenfalls die Managementkapazität. Außerdem wesentlich: eine zyklische Wiederholung Ihrer Managementschritte in regelmäßigen Abständen. Werden diese zwischen den Abteilungen Ihrer Verwaltung abgestimmt? Eine koordinierte Kommunikation der Nachhaltigkeitsziele an die jeweiligen Stakeholder stärkt Ihre Managementkapazität, ergänzt durch breit gefächerte Maßnahmen zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung in Ihrer Kommune.

## **Kriterium 3: Verwaltungskultur**

### Schlüsselfrage:

Wie eingespielt sind eine bereichsübergreifende Zusammenarbeit, Stakeholderansprache, Kommunikation?

### Erklärung des Kriteriums:

Eine Kommunalverwaltung und deren Umfeld an Stakeholdern funktioniert ähnlich wie ein Uhrwerk mit verschiedenen Zahnrädern und –rädchen. Greifen diese wirklich ineinander, ist das Laufwerk ausreichend geölt, funktioniert der Informationsaustausch, weiß jedes Rad, was das andere macht und können externe Stakeholder aktiv zum guten Laufen des Uhrwerks beitragen? Diesen Fragen



geht das Kriterium der „Verwaltungskultur“ nach.

#### Ergebnis für den Landkreis Cochem-Zell:

Ihre Kommune hat bereits angefangen, eine adäquate Verwaltungskultur für die Nachhaltigkeit vor Ort zu entwickeln. Die Prozesse weisen jedoch noch Lücken auf. Diese können Sie füllen. Prüfen Sie z.B. wer an der Entwicklung des Leitbildes, falls vorhanden, beteiligt war. Fand die Entwicklung bereichsübergreifend statt? Wurde der Nachhaltigkeitsbericht, falls vorhanden, mit den Stakeholdern innerhalb und außerhalb der Verwaltung diskutiert? Stimmen sich die jeweils verantwortlichen Abteilungen, die für eine nachhaltige Entwicklung der Kommune verantwortlich sind, untereinander in regelmäßigen Abständen ab? Wie sieht es im Bereich der Kommunikation und Beteiligung aus? Informieren Sie die Bürgerschaft über die Vorgänge im Bereich der nachhaltigen Entwicklung vor Ort und existieren verschiedene Beteiligungsformate zur Einbindung der verschiedenen Stakeholder?

#### **Kriterium 4: Kohärenz der vorhandenen Elemente**

##### Schlüsselfrage:

Wie regelmäßig und vollständig sind die Abläufe, wie gut funktionieren Zusammenspiel und logische Verknüpfung der einzelnen Prozesse, Strategien und Methoden?

Erklärung des Kriteriums: Nachhaltige Entwicklung ist das Ergebnis vieler verschiedener Elemente. Erst durch ihr Ganzes kann sich die vollständige Wirkung entfalten. Dafür ist es notwendig, dass Abläufe regelmäßig und aufeinander abgestimmt passieren. Ihr Zusammenspiel sollte einer gewissen Logik folgen und aufeinander aufbauen – dann spricht man von einer „Kohärenz der vorhandenen Elemente“.

#### Ergebnis Für den Landkreis Cochem-Zell:

Sie sind bereits auf dem richtigen Weg. Viele Schritte in Richtung regelmäßiger und vollständiger Abläufe für eine nachhaltige Entwicklung ist Ihre Kommune bereits gegangen. Jetzt gilt es, das Zusammenspiel zu optimieren. Einige Prozesse von den folgenden gibt es noch, die Sie in Ihrer Kommune überprüfen und ggf. berücksichtigen können: Prüfen Sie z.B. ob Ihre Kommune über eine Bestandsaufnahme zur Nachhaltigen Entwicklung verfügt, wenn nicht, initiieren Sie diese. Darauf aufbauend sollten messbare Nachhaltigkeitsziele sowie eine Strategie zu deren Erreichung formuliert werden. Darüber hinaus ist natürlich die Erstellung eines Nachhaltigkeitsberichts ausschlaggebend. Wenn nicht bereits geschehen, sollte in Ihrer Verwaltung ein themenübergreifendes Set von Nachhaltigkeitsindikatoren eingesetzt werden, Ziele zur nachhaltigen Entwicklung können zudem mit dem (Produkt)Haushalt verknüpft werden. Empfehlenswert ist außerdem ein standardisiertes Verfahren, mit dem die Kompatibilität von Gemeinderats-Beschlussvorlagen mit den Nachhaltigkeitszielen geprüft werden kann. Die regelmäßige, zyklische Wiederholung aller Managementschrit-

te, Beteiligungsformate und eine organisierte Kommunikation unterstützen die Kohärenz der Prozesse, Strategien und Methoden Ihrer Kommune.

### **Kriterium 5: Nachhaltigkeit als Querschnittsthema**

#### Schlüsselfrage:

Wie wird das Verständnis von Nachhaltigkeit als Querschnittsthema in übergreifende Konzepte und Bearbeitungsverfahren übersetzt?

#### Erklärung des Kriteriums:

Eine Kommunalverwaltung bearbeitet eine weite Bandbreite an Themen, von Wasserversorgung über Flächenplanung zu Schulen und öffentlichem Nahverkehr. Das Kriterium „Integration“ bewertet, inwieweit das Thema Nachhaltigkeit nicht als zusätzliches, sondern als Querschnittsthema in allen Fachbereichen und Themen angewandt und umgesetzt wird.

#### Ergebnis für den Landkreis Cochem-Zell:

Sie sind bereits auf dem richtigen Weg. Nachhaltigkeit ist als Querschnittsthema bereits in viele übergreifende Konzepte und Bearbeitungsverfahren übersetzt. Einige Prozesse gibt es noch, die Sie in Ihrer Kommune überprüfen und ggf. berücksichtigen können: Prüfen Sie z.B. ob in Ihrer Bestandsaufnahme das Thema Nachhaltigkeit themenübergreifend abgefragt wird. Genauso übergreifend sollte das Leitbild Ihrer Kommune sein. Werfen Sie außerdem einen Blick auf die Nachhaltigkeitsstrategie Ihrer Kommune. Wird die Erreichung der Ziele regelmäßig überprüft, die Maßnahmen überwacht und mit den Fachplanungen verknüpft? Ein effektives Mittel sind standardisierte Verfahren, z.B. eines mit dem die Kompatibilität von Gemeinderats-Beschlussvorlagen mit den Nachhaltigkeitszielen geprüft wird. Als Folgeschritt des Nachhaltigkeitsberichts Ihrer Kommune sollte unbedingt darauf geachtet werden, dass auf den Bericht hin Maßnahmen oder Fachkonzepte angepasst und nachgesteuert werden. Schließlich bleibt zu prüfen, ob Aktivitäten zur Nachhaltigen Entwicklung bereits in regelmäßigen Abständen zwischen den Abteilungen Ihrer Verwaltung aufeinander abgestimmt werden.

### **Kriterium 6: Wirkungsorientierung**

#### Schlüsselfrage:

Werden angestrebte Veränderungen in der Kommunalpolitik, im Verwaltungshandeln und bei den Stakeholdern durch entsprechende Zielsetzung, Definition von Aktivitäten und Messung der Wirkungen im Steuerungskreislauf integriert?

#### Erklärung des Kriteriums:

Eine Kommune, die wirkungsorientiert handelt, schaut über die reine Leistungserstellung hinaus – auf das Ergebnis, das bei der Zielgruppe oder in einem Bereich der Kommune erreicht wird. So ist

z.B. nicht die Errichtung des Lärmschutzwalls entscheidend, sondern die erreichte Lärminderung für die Anwohner. Von der Wirkung auszugehen bedeutet ausgeprägte Dialoge mit der Zielgruppe sowie die Festlegung messbarer, überprüfbarer Wirkungsziele.

#### Ergebnis für den Landkreis Cochem-Zell:

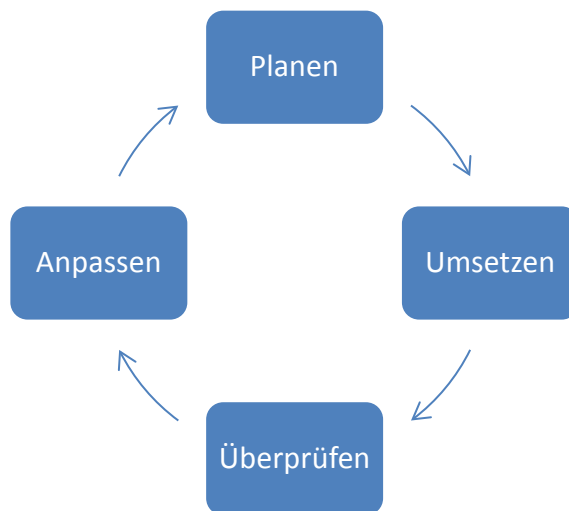
Sie sind bereits auf dem richtigen Weg. Einige der Kriterien für ein wirkungsorientiertes Handeln setzt Ihre Kommune bereits um. Ein paar Prozesse von den folgenden gibt es jedoch noch, die Sie in Ihrer Kommune überprüfen und ggf. berücksichtigen können: Prüfen Sie ob in der Bestandsaufnahme Ihrer Kommune das Thema Nachhaltigkeit themenübergreifend abgefragt wird. Die Kommune sollte messbare Nachhaltigkeitsziele formuliert haben, die darüber hinaus durch den gewählten Rat / Kreistag beschlossen wurden. Wird die Erreichung der Ziele regelmäßig überprüft, die Maßnahmen überwacht und mit den Fachplanungen verknüpft? Wenn nicht bereits geschehen, sollte in Ihrer Verwaltung ein themenübergreifendes Set von Nachhaltigkeitsindikatoren eingesetzt und Ziele oder Maßnahmen zur nachhaltigen Entwicklung möglichst mit dem Produkthaushalt verknüpft werden. Empfehlenswert ist außerdem ein standardisiertes Verfahren, mit dem die Kompatibilität von Gemeinderats-Beschlussvorlagen mit den Nachhaltigkeitszielen geprüft werden kann. Berücksichtigen sollten Sie auch, dass - falls Sie bereits einen Nachhaltigkeitsbericht verfasst haben - daraufhin Maßnahmen oder Fachkonzepte entsprechend angepasst werden.

### **3. Nachhaltigkeitsmanagement**

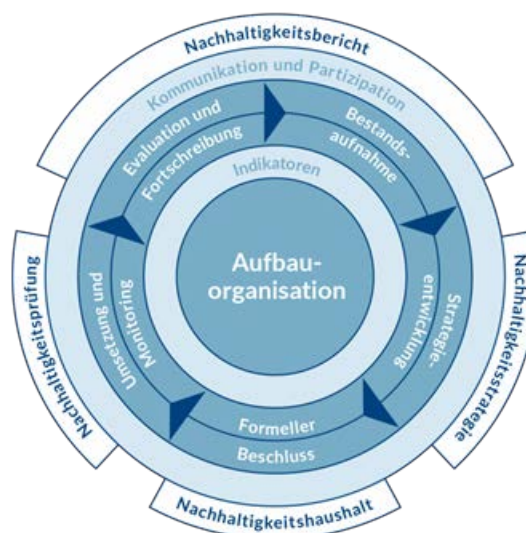
Der Kreistag Cochem-Zell hat beschlossen, ein Nachhaltigkeitsmanagement zu entwickeln und zu etablieren. Damit soll die Nachhaltigkeitsstrategie des Landkreises umgesetzt werden. Kommunales Nachhaltigkeitsmanagement ist ein Bündel an Prozessen, Maßnahmen und Instrumenten, die eine Kommunalverwaltung im Zusammenspiel mit der Kommunalpolitik regelmäßig anwendet, um die Entwicklung des Gemeinwesens in Richtung Nachhaltigkeit zu steuern<sup>11</sup>. Das kommunale Nachhaltigkeitsmanagement folgt einem Zyklus, der aus folgenden Schritten besteht:

---

<sup>11</sup> Wirkungsorientiertes Nachhaltigkeitsmanagement in Kommunen – Leitfäden; ICLEI; Bertelsmann Stiftung



Das Städtenetzwerk ICLEI, das den Landkreis im Auftrag der Bertelsmann Stiftung in diesem Prozess begleitet, hat in nachstehendem Schaubild die notwendigen Schritte für die Etablierung eines Nachhaltigkeitsmanagements visualisiert.



12

Entsprechend der in der Fußnote 2 zitierten Leitfäden führen fünf Schritte zu einem wirkungsorientierten Nachhaltigkeitsmanagement. Die nachstehende Tabelle zeigt auf, inwieweit diese Schritte bei der Kreisverwaltung Cochem-Zell bereits umgesetzt sind.

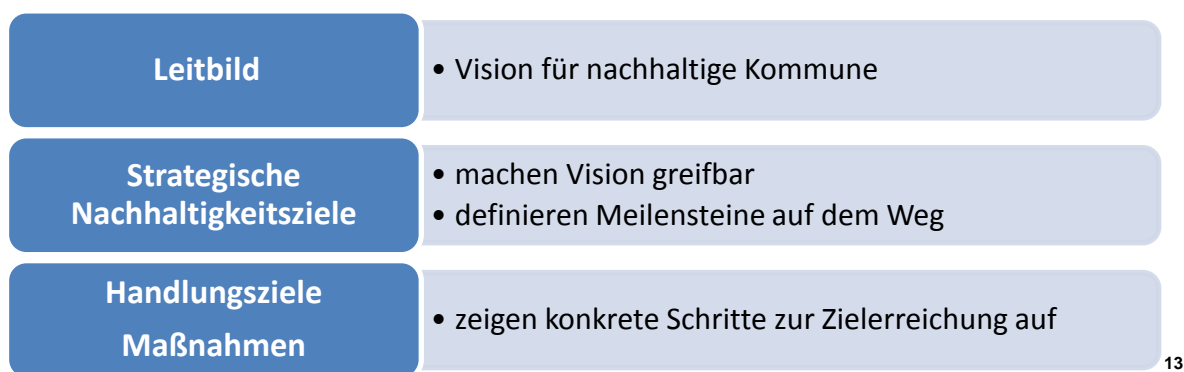
Maßnahme	Mittel	Aktueller Stand
Bestandsaufnahme	Nachhaltigkeitsbericht	Erstellt und vom Kreistag am 18.06.2018 beschlossen
Erarbeitung Nachhaltigkeitsstrategie	Formulierung Ziele; Beschreibung Umsetzungsmaßnahmen; Bestimmung Indikatoren	Kernziele formuliert und beschlossen; Indikatoren beschlossen Umsetzungsmaßnahmen noch offen
Formeller Beschluss	Ziele, Maßnahmen, Leitbild	Ziele beschlossen; Leitbild wird mit Nachhaltigkeitsstrategie 1.0 beschlossen; Handlungsziele und Maßnahmen noch zu erar-

<sup>12</sup> Wirkungsorientiertes Nachhaltigkeitsmanagement in Kommunen: Schritte, flankierende Elemente und Instrumente © ICLEI 2018

		beiten
Umsetzung und Monitoring	Regelmäßige Bewertung der Nachhaltigkeit und der Wirkung in Bezug auf die beschlossenen Ziele als Teil der Beschlussvorlagen	Noch nicht erstellt
Evaluation und Fortschreibung	Regelmäßige Bewertung im Rahmen der Haushaltsplanung	Noch nicht umgesetzt

### 3.1 Nachhaltigkeitsstrategie

Die Nachhaltigkeitsstrategie einer Kommune setzt Prioritäten und gibt die Richtung für die Entwicklung einer Kommune der kommenden Jahre vor. Sie tut dies auf verschiedenen Ebenen:



Die Nachhaltigkeitsstrategie 1.0 des Landkreises Cochem-Zell hat mit ihrem Leitbild (Ziffer 2) die Vision für einen nachhaltigen Landkreis bereits entwickelt. Ebenso hat der Kreistag mit der Formulierung von Kernzielen (Ziffer 2.3) bereits strategische Ziele und die dazu gehörigen Indikatoren (Ziffer 2.4) beschlossen.

Bislang noch nicht konkretisiert sind die Handlungsziele und Maßnahmen, die den Kernzielen als strategische Ziele zugeordnet werden und letztlich das Gerüst für das weitere Vorgehen dienen. Diese müssen nicht zwingend neu definiert werden, sondern können in großen Teilen den bestehenden Konzepten entnommen werden. Gegebenenfalls sind die dort verankerten Maßnahmen den neu definierten Kernzielen anzupassen bzw. es sind neue hinzuzufügen. Dies ist im Jahr 2020 zu entwickeln.

Die Handlungsziele sind konkrete, kurzfristig umsetzbare Ziele. Wie bereits erwähnt, sind sie ggf. bereits in vorhandenen Konzepten vorhanden bzw. müssen geringfügig angepasst werden. Da in den vergangenen Jahren die Konzepte auf der Höhe der Zeit entwickelt wurden, können voraussichtlich viele Handlungsziele übernommen werden. Künftig werden sich die Fachstrategien und die daraus entwickelten Handlungsziele an der Nachhaltigkeitsstrategie orientieren. Dies hat den Vorteil, dass sie nicht mehr zu großen Teilen isoliert entwickelt werden müssen, sondern sich am Gro-

<sup>13</sup> Wirkungsorientiertes Nachhaltigkeitsmanagement in Kommunen – Leitfaden Nachhaltigkeitsstrategie; ICLEI; Bertelsmann Stiftung



ßen und Ganzen orientieren. Dafür ist es wichtig und notwendig, dass die Fachbereiche an der Entwicklung und Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie beteiligt werden und diese mittragen. Parallele Strategien sind zu vermeiden, da ansonsten die Nachhaltigkeitsstrategie ins Leere läuft.

Die Handlungsziele sollen gemeinsam mit den Fachbereichen und den politischen Vertretern im Jahr 2020 entwickelt werden bzw. wenn sie bereits formuliert sind, den Kernzielen zugeordnet und ggf. angepasst werden.

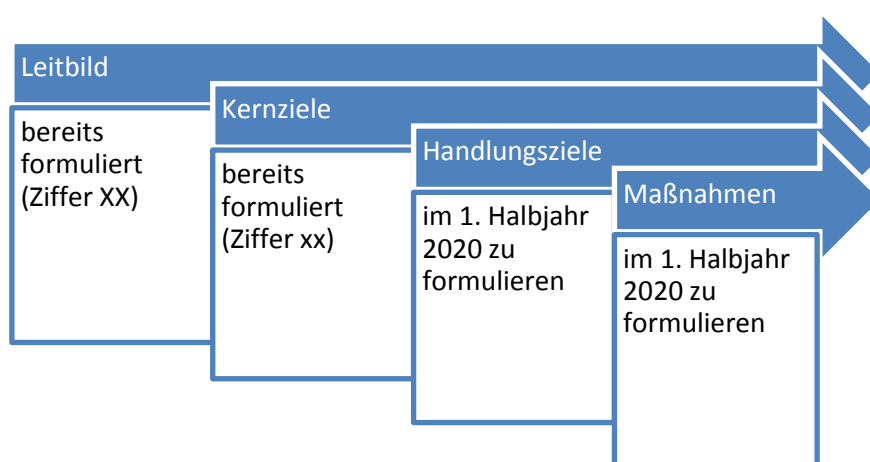
Zur Umsetzung der Handlungsziele sind Maßnahmen und Projekte zu vereinbaren. Dies können zum Beispiel folgende sein<sup>14</sup>

- Technische Maßnahmen und Projekte
- Die Aufstellung oder Neuausrichtung von Plänen
- Aktivitäten zur Bewusstseinsbildung
- Änderungen in den Verwaltungsabläufen und –strukturen.

Es kommt bei den Maßnahmen vor allem darauf an, dass diese von der Verwaltung umgesetzt werden können. Dies ist insbesondere mit Blick auf die zu erstellenden Nachhaltigkeitsberichte und den Nachhaltigkeitshaushalt wichtig.

Die Wirkungen der Maßnahmen auf die Handlungsziele müssen klar erkennbar ein und entsprechend formuliert werden. Dabei sind Prioritäten zu setzen, um auch schnelle Erfolge erzielen zu können, die Akteure und die Öffentlichkeit von der Richtigkeit der Nachhaltigkeitsstrategie überzeugen.

Graphisch lässt sich der nunmehr zu bewältigende Prozess wie folgt darstellen:



Nachdem das Handlungsprogramm entwickelt wurde, schließt sich die Umsetzung an. Diese ist durch die zuständigen Fachbereiche anzugehen. Dazu ist eine effiziente Managementstruktur erforderlich.

<sup>14</sup> Wirkungsorientiertes Nachhaltigkeitsmanagement, a.a.O.

derlich. Dies soll durch das in der Verwaltung zu installierende Nachhaltigkeitsmanagement geschehen. Dieses ist auch dafür verantwortlich, die Entwicklung zu beobachten und diese in die Verwaltungsspitze und die Politik zu kommunizieren.

### **3.2 Nachhaltigkeitsprüfung**

Ein nachhaltiges Handeln einer Kommune ist nur dann möglich, wenn die Ziele, die sich der Landkreis Cochem-Zell gegeben hat, auch regelmäßig auf ihre Zielerreichung überprüft werden. Die formulierten Ziele des Landkreises sind eine Art „Fahrplan“, an dem sich das zukünftige Verwaltungshandeln orientiert. Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kreisverwaltung Cochem-Zell sind aufgefordert, ihr Tun und Handeln danach auszurichten. Hierzu wurden zu jedem Ziel Messwerte/ Indikatoren definiert. Im Rahmen eines internen Controllings werden diese Messwerte jährlich erhoben und ausgewertet. Um die ehrgeizigen Ziele so gut wie möglich umzusetzen, werden die Fortschritte regelmäßig im Rahmen eines internen Controllings überprüft. Dies ist im Jahr 2020 zu entwickeln und zu implementieren. Die Aufgaben des Controllings werden im Referat Rechnungs- und Gemeindeprüfung, Controlling wahrgenommen. Von dort werden die notwendigen Instrumente entwickelt

Zur Prüfung gehören auch die Entscheidungen, die im Laufe des Jahres in den Gremien getroffen werden. Daher werden im Laufe des Jahres 2020 die Sitzungsvorlagen so angepasst, dass die Bezüge der Entscheidung zu den Zielen der Nachhaltigkeitsstrategie dargestellt werden und deren Auswirkungen beschrieben werden. Zudem ist darzustellen, ob es sich um eine Maßnahme handelt, die zur Umsetzung der formulierten Handlungsziele führt. Schließlich ist auch der Bezug zu den SDG's darzustellen. Dazu sind die Sitzungsvorlagen so anzupassen, dass diese Aussagen in den Vorlagen mit möglichst geringem Aufwand hergestellt werden können. Für die Verwaltungsmitarbeiter und die Gremienmitglieder sind dazu im Sitzungsdienstprogramm die notwendigen Informationen einzustellen, die die Bezüge erkennbar machen. Die Nutzung der Sitzungsvorlagen als Bezugs- und Informationsbasis erleichtert auch die Auswertung der Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie zum Ende eines jeden Jahres.

Die Sitzungsvorlagen werden im Laufe des ersten Halbjahres 2020 entwickelt und nach der Erstellung der Handlungsziele und Maßnahmen im zweiten Halbjahr 2020 zum Einsatz kommen.

### **3.3 Nachhaltigkeitshaushalt**

Ein wichtiger Teil der Nachhaltigkeitsstrategie ist der Haushalt des Landkreises. Er ist die Ermächtigungsgrundlage für das Handeln der Politik und der Verwaltung. Denn ohne finanzielle Mittel und das ausreichende und qualifizierte Personal ist eine Umsetzung der Ziele des Landkreises kaum möglich.

Der Haushalt des Landkreises ist als Produkthaushalt nach dem Prinzip der Doppik ausgerichtet.

Die kommunale Doppik hat mit ihrem Blick auf den Ressourcenverbrauch bereits das Nachhaltigkeitsprinzip verinnerlicht. Es werden nicht mehr nur die Einnahmen und Ausgaben betrachtet, sondern auch der Werteverzehr und – aufwuchs. Begleitet wird die Doppik durch Kennzahlen, die bei jedem Produkt zu führen sind. Bei kritischer Betrachtung ist zu erkennen, dass die bisherigen Kennzahlen wenig Aussagen zu der Entwicklung des Landkreises treffen. Hier ist es wichtig, die Kennzahlen den Indikatoren anzupassen. Dies wird im ebenfalls im Jahr 2020 entwickelt.

Der Haushalt ist also im Jahr 2020 nezugestalten und ist für das Jahr 2021 im neuen Format vorzulegen.

### **3.4 Regelmäßige Nachhaltigkeitsberichte**

Die Herausforderungen, denen sich die Kommunen in Deutschland stellen müssen, sind hoch komplex und im ständigen Wandel. Fast täglich ergeben sich neue Gegebenheiten, auf die eine Kommune flexibel reagieren muss. Damit muss auch ein Nachhaltigkeitsbericht im regelmäßigen Turnus fortgeschrieben werden. Ziele und Messwerte werden regelmäßig hinterfragt und angepasst. Der Nachhaltigkeitsbericht gibt zudem regelmäßig den aktuellen Stand der nachhaltigen Entwicklung wieder. Es ist bei der weiteren Bearbeitung der Nachhaltigkeitsstrategie festzulegen, in welchen Abständen ein Nachhaltigkeitsbericht zu erstellen ist.

## **4. Organisation**

### **4.1 Koordinationsstelle**

Um eine Nachhaltigkeitsstrategie langfristig in die Abläufe der Verwaltung zu etablieren, bedarf es der Einrichtung einer Koordinationsstelle. Derzeit wird das Projekt „Monitor Nachhaltige Kommune“ federführend durch die Büroleitung und einer Mitarbeiterin des Büro Landrates mit wenigen Zeitannteilen betreut. Zukünftig werden größere Stellenanteile für die Umsetzung des Nachhaltigkeitsmanagements geschaffen. Ziel ist es, jeden Fachbereich über die aktuellen Entwicklungen zu informieren und einzubinden. Wichtig ist hierbei, die Akzeptanz jedes einzelnen Mitarbeiters zu schaffen, da sich zukünftig das gesamte Verwaltungshandeln an den Nachhaltigkeitszielen orientieren muss.

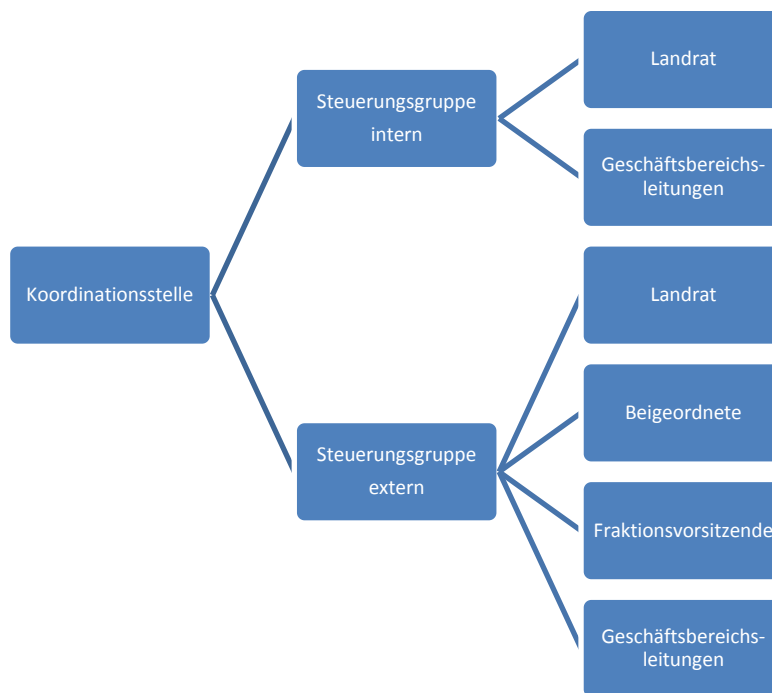
Damit die Verwaltung im Hinblick auf eine nachhaltige Entwicklung zusammenarbeitet und Synergien schafft, ist der regelmäßige Austausch der einzelnen Fachabteilungen untereinander enorm wichtig. Viele der formulierten Ziele tangieren gleichzeitig mehrere Fachbereiche. Die Koordinationsstelle nimmt hier eine Vermittlerrolle ein. Aus den regelmäßig tangierten Fachbereichen kann ein Kernteam gebildet werden, das die Entscheidungsgrundlagen für die nachstehend genannten Steuerungsgruppen und den Kreistag vorbereiten kann.

## 4.2 Steuerungsgruppe intern

Die interne Steuerungsgruppe besteht aus dem Landrat und den Geschäftsbereichsleitungen. Dies soll auch zukünftig weiterhin beibehalten werden. Die Geschäftsbereichsleitungen fungieren hier als Multiplikatoren in die einzelnen Fachbereiche.

## 4.3 Steuerungsgruppe extern

Die externe Steuerungsgruppe bindet die politischen Vertreter auf Kreisebene mit ein. Die externe Steuerungsgruppe besteht aus dem Landrat, den Beigeordneten, den Geschäftsbereichsleitungen und den Vorsitzenden der im Kreistag vertretenden Fraktionen. Diese kommunizieren die Ergebnisse der Nachhaltigkeitsentwicklungen den jeweiligen Mitgliedern des Kreistages.



## 5. Zusammenfassung

Die Nachhaltigkeitsstrategie ist ein wichtiger Baustein für das nachhaltige Handeln des Landkreises. Sie beschreibt, welche Ziele erreicht werden sollen und wie die Ziele umgesetzt und evaluiert werden sollen. Die Strategie stellt das Handlungsgerüst für die Verwaltung und die Politik dar. Sie muss den Anspruch haben, auch für Außenstehende oder nachfolgende Politiker oder Verwaltungsmitarbeiter deutlich darzustellen, auf welchem Weg der Landkreis seine Ziele erreichen will. Allerdings muss die Strategie auch auf Veränderungen reagieren können. Daher ist es wichtig, die Nachhaltigkeitsstrategie in den dargestellten zyklischen Prozess der ständigen Weiterentwicklung

und Fortschreibung einzubetten.

Das bedeutet, dass neue Themen sowie Veränderungen in der Strategie ihre Berücksichtigung finden können. Es ist möglich, Indikatoren zu ändern, zu entfernen oder hinzuzufügen sowie Strukturen zu verändern. Durch die ständige Evaluierung und Weiterentwicklung ist es möglich die Nachhaltigkeitsstrategie aktuell zu halten.

Im Gegensatz zur Lokalen Agenda 21 führt das Nachhaltigkeitsmanagement dazu, dass die Entwicklungsstrategie zeitnah möglichen Veränderungen und Anforderungen angepasst werden und nicht nach mehr als 15 Jahren neu geschrieben werden muss.